

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 30 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Hoff und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Anzeigenpreise: Die einseitige Randspalte 30 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 10. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der ADBB. zur Wirtschaftskrise.

Bereinigung der Wirtschaft / Hebung der Kaufkraft / Zollunion.

Der Bundesausschuss des ADBB. hielt am 8. Dezember seine erste Sitzung nach dem Breslauer Kongress ab.

Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet...

Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Absatz- und damit auch zu einer Produktionskrise führen.

ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehrten sich die Meinungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen...

finn dieses Beginnens wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas auf anschaulichste illustriert.

wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern. Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern...

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen.

Im weiteren Verlauf der Bundesausschuss-Sitzung erstattete Splietz Bericht über die bisherigen Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des ADBB.

Der Bundesausschuss stimmte diesen Ausführungen einmütig zu.

Der Münchener Prozeß.

Von Otto Landsberg.

Als die 'Münchener Post' den deutschnationalen Professor Cöpmann dazu nötigte, gegen ihren leitenden Redakteur Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen...

Der Verlauf des Prozesses hat mir Unrecht gegeben. Zwar zeigt die Art der Beweismündigung des Münchener Richters und beweist das Strafmaß...

Ebert, Scheidemann und ich, wir drei Mehrheitssozialdemokraten im Räte der Volksbeauftragten, hatten vor nichts anderem Angst...

Unsere Leser kennen die Geschichte von dem Juden aus Hebel's Schachkästlein, der mit einem Fleischergehilfen eine Wette eingegangen ist.

Von der Reichstagsfraktion.

Die gestrigen Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verliefen in später Abendstunde der Beratung.

Redaktionen der Parteiführer. Das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet:

Auf Einladung der Abgg. Koch (Dem.) und Fehrendbach (Z.) trafen am Mittwoch im Reichstagsgebäude die Vertreter der für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien zu einer ersten Besprechung zusammen.

Nach der Plenarsitzung des Reichstags am Mittwoch traten die Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei zu Sitzungen zusammen.

auf Veranlassung der Abgg. Koch (Dem.) und Fehrendbach (Z.) mit der Frage der Möglichkeit der Großen Koalition beschäftigt hatten.

In der Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei erstattete der Vorsitzende, Abg. Leicht, Bericht über die interfraktionellen Besprechungen.

Verminderung der Besatzungstruppen. Einigung in Paris.

Paris, 9. Dezember. (WZ.) Die vorgestern abend abgehaltene Besprechung militärischer Autoritäten hat, wie verlautet, zu einer Einigung über das Ausmaß der Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen geführt.

'Le Rouvelle' glaubt mitteilen zu können: Der Chef des Generalstabes, Debenedy, und der Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen, Guillaumat, haben das Ergebnis ihrer Erhebungen über die Möglichkeit der Unterbringung der zurückgezogenen Truppen in Frankreich bekanntgegeben.

den Zeilen des Urteils zu lesen ist, daß die Vertümer Cöhmans vermeidbar waren, wenn er die Gewissenhaftigkeit beobachtet, die ihm sein Beruf zur Pflicht machte. Herr Cöhmans hat also nach der Auffassung des Gerichts nicht gefällig, aber er hat sich als urteilslos und als ein Mann erwiesen, der es in einer wissenschaftlichen Charakter in Anspruch nehmenden Darstellung nicht verschmäht hat, unwahre Tatsachen vorzutragen. Hat er diese Feststellung von einer Seite, die für ihn autoritativ ist, lieber vernommen als den Vorwurf der Fälschung aus dem Munde eines durch ihn bis aufs Blut gereizten politischen Gegners? Und eine solche Kennzeichnung mußte dem Manne zustößen, der das vornehmste Ziel seines Strebens bisher darin erblickt hat, die Dolchstoßlegende zur Geschichtsquelle zu machen. Herr Cöhmans mag diese seine Tätigkeit fortsetzen; Schaden kann ihm, der durch das Urteil ebenso erledigt ist, wie die Dolchstoßlegende, daraus nicht mehr erwachsen.

Den bedauernswerten Menschen, die ihr artifizielles Parteilintereße besser gewahrt glauben, wenn sie den Zusammenbruch Deutschlands als das Werk sozialistischer Arbeiter hinstellen, als wenn sie die Wahrheit bekunden, daß die Niederlage die Folge einer verabschiedeten unünftigen Politik gewesen ist, sind die Helle weggeschwommen. Jünger des Herrn Cöhmans, die fortan noch im Vertrauen auf seine „wissenschaftlichen“ Arbeiten die Behauptung aufstellen, daß vaterlandlose Gefellen Deutschland den zum Greifen nahmen Sieg durch bössliche Mächenschaften entrisen haben, werden der Unehrllichkeit nicht erk überführt zu werden brauchen; wir werden uns jede dahin abzielende Bemühung ersparen können, da sie uns die Cöhmans-Jünger abgenommen haben werden. Und das ist die Bedeutung des Münchener Prozesses.

Sutterkrippe!

Schiele bekommt Pension — wofür?

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, ist bei dem Austritt der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett Luther auch Herr Schiele in aller Heimlichkeit mit der Pension eines Reichsministers aus dem Amt geschieden. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt dazu:

Normalerweise hat ein Reichsminister Anspruch auf Pension, wenn er entweder zwei Jahre Minister war oder wenn er nur kürzere Zeit Minister war, vorher aber im Reichs-, Staats- oder Gemeinbedienst gefanden hätte und im ganzen (einschließlich seiner Ministerialtätigkeit) 10 Jahre Beamter gewesen war. Herr Schiele war nur neun Monate Minister des Innern. — Aus den Angaben, die er im Reichstagshandbuch über seinen Lebensgang gemacht hat, ergibt sich nicht, daß er vorher jemals Beamter gewesen ist. Als seinen Beruf hat er Rittergutsbesitzer und Fabrikant angegeben. Er ist also offenbar ein vermöglicher Mann. Sein öffentliches Wirken beschränkte sich auf die Mitgliedschaft im Kreisrat des Kreises Verigo II und im Reichstag. Wenn er jetzt mit Ministerpension aus dem Amt geschieden ist, muß man, da er ja nur 9 Monate Minister war, 10 Beamtenjahre angerechnet haben. Wie sehen sich diese 10 Dienstjahre zusammen? Wer trägt die Verantwortung für die Belastung der Reichskasse mit der Pension des Herrn Schiele? Diese Fragen bedürfen dringend der Beantwortung. Der Reichstag und die ganze Öffentlichkeit müssen sich von der Regierung immer wieder sagen lassen, daß äußerste Sparsamkeit notwendig sei, daß keine Mittel zur Erhöhung der unzulässigen Beamtenbesoldung und zur Aufbesserung der Erwerbslosenfürsorge in dem gewöhnlichen Maße vorhanden seien. Sie haben einen begründeten Anspruch darauf, zu erfahren, mit welchem Recht und unter wessen Verantwortung trotz alledem der frühere Fraktionsvorsitzende der deutschnationalen Partei auf Lebenszeit zum aufbehalten Pensionär der Republik gemacht worden ist.

Wir nehmen an, daß die geforderte Anstellung nicht lange auf sich warten lassen wird.

Große Abende.

Konzertumfchau von Kurt Singer.

Während Furtwänglers Konzerte wickeln sich mit einer solchen Hurligkeit ab, daß seine Saison eine halbe Saison vor der unseren beendet sein wird. Er hat es zumege gebracht, den guten Stamm der Rittmusik-Konzerte um ein Plus von Intelligenz und Raffinement zu vermehren. Er hat auch in den Programmen, soweit ihm Macht blieb, die Früher zu neuem Ausgetreift. Bald wird ihn Amerika wieder umfarnern. Glücklicheres Amerika, das seine Orchester und Dirigenten so wählen, ehren, — bezahlen kann! Unsere Berliner Orchester dagegen leiden not, und die Philharmoniker sind doch — wie man so sagt — das beste Orchester der Welt. Im letzten Konzert also verlor Furtwängler die Hüller-Variationen Max Regers durch einen herrlichen Bau, durch Temperamentsausbrüche, durch Stufen und Treppen in sich beweglicher, interessanter zu machen. Es gelang, besonders gegen den vorwärts getriebenen Schluß hin. Sonst aber ist das Stück bei aller Gelehrsamkeit doch recht trocken, bei aller Kontrapunktik doch unbesetzt und sehr, sehr blaß, mit vollen Baden instrumentiert, viel akademischer als die Scita, am Schluß stehende Brahmsche akademische Duvartüre. Huberman spielte das Brahmsche Gegenkonzert, das zu Nr. I und zu Nr. III in gar keiner Beziehung steht, so herrlich, wie selten. Er neigte so lange dazu, Pointen herauszuspielen, geizert und maniert ins Publikum hinein zu musizieren. Was er aber Montag gab, war fern von aller Bürgerlichkeit, frei von Allüren des Stars gespielt, eingeebete, erfüllte Musik. So ausgeglichen im Ton, so edel und sinnlich, so besonnen und innig, lodend und virtuos spielt ihm dieses Konzert heute keiner nach. Ein großer Abend!

Erich Kleiber läßt sich durch die großen Verstimmungen der Staatstheater in die beste Konzertstimmung bringen. Er musiziert die kleine Nachtmusik elegant herunter, ohne viel zu deuten, klar, überklar. Die Streichinstrumente wollen allerdings an dieses Werk nicht ihren Oelton hergeben. Sind sie alle miteinander verstimmt? Gröste, schönste Zurückhaltung des Dirigenten auch bei der Begleitung des nicht sehr bedeutenden Konzerts für Flöte und Harfe (betreut von Meister Brill und Saal). Kleiber ruht sich bei Mozart aus, wenn er seine Kraft bei Alban Berg in Proben aufgeopfert hat. Spielt auch er schon mit ausländischen, amerikanischen Gedanken? Das scheint — für wie lange noch? — das Ziel aller Prominenten zu sein. Nun ja: Die Zugkraft des Dollars ist größer als die des Schillings und der Brandenburgischen Mark.

Destar Fried zwingt trotz seines Temperaments und Musikantenfanatismus das Sinfonieorchester zur Herabgabe letzter Kraft. Da geht er zuweilen über das Ziel hinaus. Webers Turanthe-Duett wird er in den poetisch langsamsten, zart-ausdrucksvollen Partien der Mitte nicht gerecht. Er stürzt los, behandelt gleichgültig, läßt Töne singen, ohne ihren Zusammenhang aufzuklären. Am Schluß ganz überzeugend, verwechselt er im übrigen Weber mit Straminstg. Sollte auch ihm die Gefährlichkeit der Reichshauptstadt die Stimmung verderben? Es wäre bebaueulich, wenn Berlin der Schauplatz des Untergangs werden sollte, statt des Aufbaus an einem hochstrebenden Unternehmen.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Der Gesetzentwurf dem Reichstag zugegangen.

Dem Reichstag ist der angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Lohnsteuer zugegangen. Für Dienstleistungen nach dem 31. Dezember sollen jährlich 1200 RM. vom Steuerabzug freibleiben, und zwar 720 M. als steuerfreier Lohnbetrag, 240 M. zur Abgeltung der Werbungskosten und 240 M. zur Abgeltung der Sonderleistungen. Die Bestimmungen über die Veranlagung der Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1926 werden durch entsprechende Erhöhung der abzugsfreien Summen der Senkung der Lohnsteuer angeglichen. Die zu erwartende Senkung wird nach der Aufkommensberechnung mit 237 Millionen Reichsmark angesetzt, so daß, wie amtlich verlautet, künftig etwa 1203 Millionen Reichsmark an jährlichem Aufkommen aus der Lohnsteuer gegenüber 1440 Millionen bisher zu erwarten sind.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags fragt in einer Interpellation an, ob die Reichsregierung angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage bereit sei, einen Ausfluß aus Sachverständigen des Reichstags und der Wirtschaft zur Untersuchung der allgemeinen Wirtschaftsnot und deren Ursachen einzuberufen.

Reichsregierung und Getreideaufkauf.

Stellungnahme des Reichswirtschafts- und des Reichsrats

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lehnte gestern mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf ab, der die Reichsregierung ermächtigen soll, im Wirtschaftsjahr 1925/26 bis zu 200.000 Tonnen Brotgetreide aufzukaufen und zu verwerfen. 7 Mitglieder stimmten gegen diesen und gegen jeden Entwurf dieser Art, 14 Mitglieder gegen diesen, aber für einen etwaigen weitergehenden Plan, die Vertreter der Industrie enthielten sich der Stimme. Mit Stimmenmehrheit sah die Ausschuss eine Entschädigung, in der es heißt:

„Der Gedanke, eine Ausgleichsstelle zu schaffen, welche die weber dem landwirtschaftlichen Erzeuger noch dem brotverzehrenden Verbraucher dienenden Schwankungen der Getreidepreise ausgleichen soll, ist gesund. Die Auffassung darüber, ob der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1925/26 geeignet ist, diesen Zweck zu verfolgen, geht aber selbst bei den Mitgliedern aus der Landwirtschaft auseinander.“

Im Gegensatz zum Reichswirtschaftsrat hat der Reichsrat dem Entwurf zugestimmt, und zwar die Ausschüsse mit 7 gegen 5 Stimmen, das Plenum in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 28 Stimmen, bei Stimmhaltung von Niederschlesien, Hamburg und Oldenburg. Dagegen stimmten das Preussische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin, der Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen und der Rheinprovinz, die Staaten Bayern, Baden, Hessen, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Albst, auf Antrag der Preussischen Regierung wurde in das Protokoll ein Ersuchen der Preussischen Staatsregierung an die Reichsregierung dahin aufgenommen, daß die Reichsregierung der Reichsgetreidestelle folgende Anweisungen geben solle: 1. sich nicht der Form des handelsrechtlichen Versicherungsgeschäfts zu bedienen, 2. die Geschäfte nach solchen Gesichtspunkten abzuwickeln, daß eine Steigerung der Roggenpreise möglichst vermieden wird, 3. keine Auslandskäufe vorzunehmen.

Der Mödinger Mord.

Prozess gegen die Hakenkreuzler.

Wien, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Wiener Schöffengericht begann am Mittwoch der auf 14 Tage anberaumte Prozess gegen die Hakenkreuzler, die am 20. Mai in dem Industrieort Möding bei Wien einen Ueberfall auf das dortige Arbeiterviertel unternahmen und dabei den Gemeinderat Genossen Müller erschossen. Angeklagt sind 9 Mitglieder des hakenkreuzlerischen „Werbund Rheinland“ wegen schwerer körperlicher Beschädigung mit tödlichem Ausgang, zum Teil auch wegen öffentlicher Gewaltkreuzer-Kommandant Roland Steingruber, der bei dem Mordfall selbst durch eine Kugel der Hakenkreuzler verletzt wurde, bereits 1920 wegen Geisteschwäche entmündigt worden

ist. Die jetzt vom Gericht angeordnete ärztliche Untersuchung hat jedoch ergeben, daß seine Zurechnungsfähigkeit keinem Zweifel unterliegt. Auch ein zweiter Hakenkreuzler wurde auf seinen Geisteszustand untersucht und für zurechnungsfähig erklärt. Am ersten Verhandlungstag redeten sich alle Angeklagte darauf hinaus, daß auf der Flucht auf sie geschossen worden sei, worauf sie in Notwehr gehandelt hätten. Aber weder bei dem Getöteten noch bei anderen Sozialdemokraten wurden Waffen gefunden. Es werden nicht weniger als 90 Zeugen gehört werden.

Die Kontrolle der Kriegsindustrie.

Ein Fragebogen des Völkerbundes.

Genf, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbund hat in geheimer Sitzung die Abrüstungsfrage weiter beraten. Es verlautet, daß eine Annäherung der englischen und französischen Auffassung insoweit erreicht ist, als die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz jetzt als gelungen betrachtet werden kann. Ferner genehmigte der Rat den Berichts- und Fragebogen über die Vorbereitung einer internationalen Konvention für die Kontrolle der privaten Waffenfabrikation. Diese Bogen sollen an alle Staaten vorzuleben werden. Das Schema umfaßt fünf Fragen, hauptsächlich dahin, welche gesetzlichen Bestimmungen über die Kontrolle der Waffenfabrikation in den einzelnen Ländern schon bestehen und ob die betreffende Regierung eine solche Konvention abschließen würde.

Die Finanzkontrolle Deutschösterreichs.

Genf, 9. Dezember. (WLB.) Die Verhandlungen zwischen dem Finanzkomitee und den österreichischen Delegierten sind beendet. Danach wird die Kontrolle durch den Generalkommissar Zimmermann am 1. Januar weitere Erleichterungen erfahren und Ende Juni 1926 aufgehoben werden. Der Verkehr des Pariser Kontrollkomitees der Anleihestaaten mit der österreichischen Regierung erfolgt von da ab direkt. Die drei Treuhänder für die Verwaltung und Sicherung des Finanzdienstes werden beibehalten. Der finanzielle Berater bei der Oesterreichischen Nationalbank wird vom Finanzkomitee des Völkerbundes vorgeschlagen und vom österreichischen Bundespräsidenten ernannt. Die Freigabe weiterer Kredite aus den Restbeständen der Völkerbundsanleihe für Oesterreich zu produktiven Zwecken der Landwirtschaft und Industrie wird von Fall zu Fall zwischen der österreichischen Regierung und dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, derzeit dem Schweizer Dubois, geregelt. In der Frage der Möglichkeit der Wiederaufnahme der Finanzkontrolle durch den Völkerbundrat will man sich mit der Entschädigung des österreichischen Nationalrats begnügen, der darin von dem Recht des Völkerbundrates zur Wiederaufnahme der Finanzkontrolle in besonderen Fällen während der nächsten zehn Jahre Kenntnis nimmt. Ueber diese Regelung sollen besondere Noten ausgetauscht werden.

Die neue tschechische Regierung.

Erneuerung der Koalition.

Prag, 9. Dezember. (WLB.) Das neue Kabinett ist gebildet wie folgt: Präsidium Swobla (Agrarier), Kucheres Dr. Benesch (Nationalsozialist), Inneres Kofel (Klerikal), Schulwesen Dr. Erdino (Agrarier), Justiz Dr. Biskosty (Agrarier), Handel Ingenieur Horacek (Nationaldemokrat), Eisenbahn Bedonje (Sozialdemokrat), öffentliche Arbeit Ricock (Gewerkepartei), Landwirtschaft Hodya (Agrarier), Nationalverteidigung Stribny (Nationalsozialist), soziale Fürsorge und Unisierungsministerium Dr. Winter (Sozialdemokrat), Gesundheitswesen Lucny (Nationalsozialist), Post Monsignore Schramel (Klerikal), Leiter des Ernährungsministeriums Dr. Dolansky. Wie genannt sind Angeordnete, nicht aber der Finanzminister Dr. English und Minister für die Slowakei Dr. Josef Kallay.

Das „Prager Tagblatt“, das gut demokratische und sozialpolitische größte deutsche Blatt in der Tschechoslowakei, feierte am 6. D. die Vollendung seines 50. Jahrganges mit einer umfangreichen und gehaltenen Festschrift, welche in einer Reihe von diegenen, zum Teil illustrierten Artikel ein eindruckvolles Bild nicht nur der Entwicklung dieses führenden Blattes der Deutschen in der Tschechoslowakei, sondern auch ein erleuchtetes Zeugnis des kulturellen und wirtschaftlichen Hochstandes der anspruchsvollen deutschen Minderheit dieses Staates bietet.

Bode-Ehrungen. Der preussische Ministerpräsident Braun hat an den Generaldirektor a. D. Bode folgendes Schreiben gerichtet: „Euer Erzelenz spreche ich zum 80. Geburtstag meine aufrichtigen Glückwünsche aus. Sie begeben ihn inmitten eines für die jüngere Generation noch heute vorbildlichen kunstwissenschaftlichen Schaffens und Forschens und umgeben von der Dankbarkeit und Sympathie weiter Kreise des deutschen Volkes und der übrigen Kulturwelt, denen Sie durch Ihre Arbeiten eine reiche und schöne Welt der Kunst vergangener Epochen wieder erschlossen haben. Möge Ihnen selbst noch ein schöner und heiterer Lebensabend beschieden sein in Ihrem Reiche der Kunst, von der — und, wie an Ihnen ersichtlich, mit Recht — das Wort gilt, daß sie den, der ganz an ihr hängt, jung und frisch die ins höchste Greifenalter erhält.“

Im dem Kunstgelehrten und Sammler, dem Mitbegründer der preussischen Museen, zu seinem 80. Geburtstag eine besondere Ehrung zu erteilen, beabsichtigt der preussische Kultusminister Beder namens der Staatsregierung, die Büste Wilhelm Bodes an den geeigneten Stelle im Kaiser-Friedrich-Museum aufstellen zu lassen. Die Wahl des Künstlers, das Material der Büste und die Art ihrer Aufstellung soll sich nach Bodes eigenen Wünschen richten.

Die Klage Schillings. Die Mitteilungen, wonach Schillings vom preussischen Fiskus einen Schadenersatz von 200.000 M. verlangt, sind nicht richtig. Die Klage bezieht lediglich die Feststellung, daß die frühere Entlassung unrechtmäßig ist und ihm seine vertraglichen Bezüge weiter noch zuzulehen.

Der Ueber-Don-Ivan. Ein Heiratschwindler allergrößten Stils, den englische Richter als den „Ueber-Don-Ivan“ bezeichnen, ist jetzt von einem Gericht in Leeds zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der 64jährige George Leake hat unter unzähligen verschiedenen Namen mit etwa 1000 Frauen Beziehungen angeknüpft und einmal verheiratet gewesen. Man hat bei ihm 5000 Liebesbriefe beschlagnahmt, die alle von Frauen stammen, die ihm ihr Herz und ihren Geldbeutel schenkten und von denen viele in glühenden Worten ihm ihre Reue ausdrückten. Dieser größte Heiratschwindler und Bigamist, den die englische Kriminalgeschichte kennt, hat seit 20 Jahren systematisch Frauen unter der Vorpiegelung der Heirat ausgebeutet und damit Sozial verdient. Doch es Lehre gab, in denen er von seinen Opfern Tausende von Pfund bezog. Wenn er auf keine andere Weise etwas herauslocken konnte, schritt er sogar mit dem Opfer zum Traualt.

Ein Lebererkrankung gegen zu hohen Blutdruck. An der medizinischen Akademie von Toronto in Kanada, von der bereits die großartige Bekämpfung der Zuckerkrankheit durch Insulin ausgegangen ist, sind in den letzten sieben Monaten eingehende Versuche ausgeführt worden, um einen Extrakt aus der Leber zu gewinnen, mit dem man die Krankheiten des zu hohen Blutdruckes erfolgreich bekämpfen will. Experimente, die seit dem Januar 1924 an Ratten vorgenommen wurden, haben gezeigt, daß gewisse Extrakte aus der Leber den Blutdruck herabsetzen, und man ist dann dazu übergegangen, diese Extrakte auch für den menschlichen Organismus zu verwenden.

Das Noo-Theater ist in den Besitz des Filmhauses Wilhelm Reindl übergegangen und wird nach einwöchiger Herberung noch im Laufe dieses Monats als Film- und Aufführungstheater eröffnet werden.

Ernährungsetat im Reichstag.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

Der Reichstag überwies gestern zunächst den Gesetzentwurf über die Senkung der Lohnsteuer dem Steuerausschuss. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung beantragte Abg. Käbel (Komm.) den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 30 Proz. schon heute zu verhandeln.

Dazu erklärte Abg. Kuffhäuser (Soz.), daß man heute nicht über einen Teilbeschluß beraten könne, man müsse den ganzen Fragenkomplex behandeln, also auch die Unterstützung der Arbeiter, die Einbeziehung der älteren Angestellten usw. Es ist nicht möglich, heute über einen Teilbeschluß des Ausschusses abzustimmen, der noch nicht einmal die Zustimmung der Kommunisten gefunden hat. Der Gesamtausschuss hat sich bisher noch gar nicht mit dem Beschluß des Ausschusses auf 30prozentige Erhöhung der Unterstützung zufrieden zu geben. Wir sind mit der größten Energie für die schnelle Erledigung dieser Frage eingetreten und haben alle Versuche verhindert, die Erhöhung der Leistungen für die Erwerbslosen zu verschleppen. Das ist auch dem Abg. Käbel bekannt. Ich bin als Berichterstatter vom Ausschuss bestimmt worden, mir haben aber die Kommunisten nicht ein Wort davon gesagt, daß sie heute eine Debatte darüber führen wollen. Es ist schon deswegen nicht möglich, heute im Hause darüber zu sprechen, weil ja noch nicht einmal die Deckungsanträge, auch nicht die Anträge der Kommunisten beraten worden sind. Wenn man in solcher leichtfertigen Weise vorgeht, wie es die Kommunisten tun, so heißt das nicht, den Erwerbslosen helfen, sondern mit der Not der Erwerbslosen eine elende Hege treiben.

Das Haus setzt nunmehr die 3. Lesung des Haushalts beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fort.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, 50 000 Mark für die Zwecke der Ausbildung von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und deren Einführung in das Wesen der Landarbeit, Forschung im Rahmen ihrer Gewerkschaften zu verwenden. Der Redner wendet sich gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokratie der Landwirtschaft feindlich gesinnt sei. Gerade die Sozialdemokratie verlange, daß der Landwirtschaft mit wirksamen Mitteln geholfen werde, sie wendet sich aber dagegen, daß man mit Schutzgöllen und ähnlichen Dingen dem Großgrundbesitz Vorliebe züwende, und den Kleinbesitz wie die Allgemeinheit darüber vernachlässige. Gerade die vorliegenden Anträge zeigen vielfach, daß man erst jetzt die Anregungen und Anträge aufnehme, die die Sozialdemokratie schon früher gestellt habe. Hier beteuern die Deutschnationalen, daß sie für die deutschen Arbeiter Beschäftigung schaffen wollen, dabei sind es gerade die deutschnationalen Großgrundbesitzer in Pommern und im Osten, die ohne Not ausländische Arbeiter heranziehen. Es stimmt nicht, daß nur in der Zuckerrübenindustrie ausländische Arbeiter beschäftigt werden, man findet sie auch auf den Gütern des Ostens. Soweit eine Notwendigkeit vorliegt, haben wir immer anerkannt, daß auch ausländische Arbeiter beschäftigt werden sollen, aber nicht dort, wo genug inländische Arbeiter zu haben sind. Gegenüber den kommunistischen Anträgen, die hier Forderungen aufstellen, die in diesem Reichstag niemals bewilligt werden, erklärt der Redner,

daß der Deutsche Landarbeiterverein als seine Aufgabe betrachte, nicht nur den Landarbeitern, sondern auch den kleinen Landwirten zu helfen, und daß auch die Sozialdemokratie unermüdet in diesem Sinne tätig ist.

Die Fülle haben der Landwirtschaft keine Erleichterung gebracht, im Gegenteil, weite Kreise der Landwirtschaft sind außerordentlich unzufrieden mit der Politik der Fülle, die ihnen der Landbund aufgebürdet hat. Bisher haben Sie (nach rechts) die völlige Wiederherstellung der freien Wirtschaft gefördert. Heute sind Sie aber auf dem besten Wege, alles vom Staate zu verlangen, Sie sprechen immer von der Not der Landwirtschaft, aber Sie vergessen, daß wir eine allgemeine Wirtschaftsnote haben. Nach dem Plane der Regierung soll die Reichsgetreidestelle 200 000 Tonnen Getreide aufkaufen, um die Preise hoch zu halten. Der Redner erinnert an die Ausführungen des früheren deutschnationalen Innenministers Schiele in der „Deutschen Tageszeitung“ aus dem Jahre 1922, worin der Abbau der Reichsgetreidestelle verlangt wurde. Damals habe man auch im Landbund erklärt: „Wir haben die Macht, denn wir haben den Roggen.“ Heute aber wendet man sich an den Staat, heute sollen die Steuerzahler dafür sorgen, daß der Landwirtschaft geholfen werde. Solange allerdings an den pommerschen Gütern noch Roggach-Truppen unterhalten werden, könnte man sagen: Sorgt erst dafür, daß hier aufgeräumt wird. (Sehr richtig bei den Soz.)

Der Redner erinnert daran, daß die Sozialdemokratische Partei bei der Beratung der Zollvorlage eingehende Anträge eingebracht und begründet hat, durch die der Landwirtschaft geholfen werden sollte. Es sei aber immer so, daß die sozialdemokratischen Anträge erst niedergestimmt, nachher jedoch von den anderen Parteien aufgenommen werden. Wäre man damals der Sozialdemokratie gefolgt, so hätte es nicht so weit kommen können. Mit den Füllen ist die Not vieler Landwirte gesteigert worden, jetzt soll durch die Maßnahme der Reichsgetreidestelle eingegriffen werden. Warum sagt dieser Gesetzentwurf eigentlich noch nicht vor?

Die Sozialdemokratie wird den Plan, die Reichsgetreidestelle um ein Jahr zu verlängern, ablehnen, denn mit diesem Plan soll weiter nichts erreicht werden, als die Getreidepreise in die Höhe zu treiben.

Warum werden im Landwirtschaftsministerium nicht die im Reichstag eingebrachten Anträge durchberaten und daraus ein geeigneter Plan zur Förderung der Landwirtschaft durchgearbeitet? Schon mit Rücksicht auf die Argumente müssen wir verbinden, daß die Preise für Getreide in die Höhe getrieben werden. Die Sozialdemokratie ist damit einverstanden, den Preis für Getreide zu stabilisieren und ihn dadurch den Schwankungen der Spekulation zu entziehen. Dazu ist aber die Festlegung auf mehrere Jahre hinaus erforderlich und eine Sicherung gegen das Hochtreiben der Preise.

Praktisch hat die Sache ja auch so, daß der kleine Landwirt sein Getreide sofort nach der Ernte verkaufen muß, wenn er später wieder Getreide kaufen muß, soll er die hohen Preise zahlen.

Wir denken bei unserer Stellungnahme zu diesem Plane der Regierung, durch die Reichsgetreidestelle 200 000 Tonnen Getreide aufkaufen zu lassen, nicht an einen einzelnen Berufsstand, sondern an die Allgemeinheit. Der Redner empfiehlt dem Landwirtschaftsminister Graf Kautz, sich mit der Forderung seines Vaters aus dem Jahre 1894/95 vertraut zu machen, allerdings nicht in dem Sinne, daß Mindestpreise, sondern die Preisgrenze nach oben stabilisiert wird. Wir werden uns ganz entschieden dagegen, daß die Ueberschüsse der Reichsgetreidestelle, die jetzt 60 bis 70 Millionen betragen und die nach einem Beschluß des Reichstags für Siedlungs- und Meliorationszwecke verwendet werden sollen, jetzt zur Erhöhung der Getreidepreise aufgebraucht werden sollen. Der Preis sei mit Rücksicht auf die vom Handel verlangte Risikoprämie niemals in demselben Maße gefallen wie die Getreidepreise. Graf Schwerin-Löwitz wies 1894/95 auf die Spekulationsgewinne der Händler hin, die sich nach der Höhe der Preissteigerung richteten. Der Redner erklärt, die Sozialdemokraten seien bereit, an der Besserung der Lage der Landwirtschaft mitzuarbeiten, sie lehnten aber mit aller Entschiedenheit dieses Provisorium ab. Bei einem stabilen Getreidepreis könnte man

Wie sehen die Reichsfinanzen aus?

Eine neue Denkschrift der Reichsregierung.

Auf Verlangen der Sozialdemokraten hat die Reichsregierung am Mittwoch dem Haushaltsausschuß des Reichstages eine Denkschrift über die Finanzlage des Reiches unterbreitet. Sie enthält wichtige neue Angaben über den gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen, sowie über ihre voraussichtliche Entwicklung. Das umfangreiche Zahlenmaterial ist sehr sorgfältig zusammengestellt und besitzt angesichts der Zuspitzung der Wirtschaftslage und der Versuche des Unternehmertums, die Besteuerungen noch weiter abzubauen, gerade im gegenwärtigen Augenblick große Bedeutung. Für heute müssen wir uns damit begnügen, die wichtigsten Angaben aus dieser Denkschrift, soweit sie sich auf die Finanzlage beziehen, rein referierend wiederzugeben. Eine eingehende kritische Stellungnahme behalten wir uns vor.

Die Denkschrift knüpft an die Tatsache an, daß die Entwicklung der Reichseinnahmen in den ersten sieben Monaten des Etatsjahres 1925 den Eindruck in der Öffentlichkeit hervorgerufen habe, daß das Reich eine Ueberschußwirtschaft treibe. Sie bestreitet die Richtigkeit dieser Meinung, da die Entwicklung der Einnahmen in den nächsten Monaten nicht gleich günstig sein werde wie bisher, und weil die Ausgaben gerade in dieser Zeit steigen. Infolgedessen enthält die Denkschrift sowohl für den Etat 1925, der vom Reichstag noch nicht verabschiedet worden ist, als auch für den Etat 1926, der noch im Reichstag beraten wird, Angaben, die von den früheren Darstellungen der Regierung abweichen.

Der Abschluß für das Jahr 1924.

Aus dem Rechnungsjahr 1924 hat sich ein Reinerüberschuß von 405,4 Millionen Mark ergeben. Davon sollen verwendet werden: 150 Millionen zur Bezahlung der einmaligen Aufwertungsansprüche, 220 Millionen als Ersch für den Rückverkauf von Vorkursaktien der Reichsbahn im Jahre 1926, 60 Millionen sind als Sonderumlage vorgesehen, der Rest von 65,4 Millionen ist zum Ausgleich des Fehlbetrages für 1926 erforderlich.

Die Entwicklung im Jahre 1925.

Die Einnahmen aus Steuern für das Rechnungsjahr 1925 und im Zusammenhang die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden sind neu geschätzt worden. Nach dieser Schätzung beträgt das Gesamtaufkommen aus Steuern und Abgaben 6770,5 Millionen. Das ist gegenüber der bisherigen Schätzung von 6343,8 Millionen ein Mehr von 426,7 Millionen Mark. Hieraus entfallen an Ueberweisungen an Länder und Gemeinden 323,3 Millionen, so daß das Nettomehraufkommen für das Reich 103,4 Millionen beträgt. In diesen Zahlen ist die von der Reichsregierung vorgeschlagene Senkung der Lohnsteuer berücksichtigt.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Beratungen schließt der Haushaltsentwurf für 1925 mit einem ungedeckten Fehlbetrag in Höhe von 174 Millionen ab. Die Denkschrift rechnet mit einer erheblichen Erhöhung dieses Betrages infolge dringender neuer Ausgaben für Entschädigungen an Optanten, Flüchtlinge, Wohnungsbauten, Veteranenbeihilfe usw. Zur Deckung steht außer dem Mehraufkommen von 103,4 Millionen nur noch der Ueberschuß von 66,4 Millionen aus dem Jahre 1924 zur Verfügung. In keiner endgültigen Gestalt wird deshalb der Haushalt für 1925 7636 Millionen Einnahmen und 7796 Millionen Ausgaben enthalten, also einen Fehlbetrag von 110 Millionen. Die Denkschrift fügt hinzu:

„Ob die Sonderrücklage von 60 Millionen Mark für den ursprünglich vorgesehenen Zweck (d. h. für Befoldungszwecke. Die Red.) verfügbar bleibt, hängt von der Entwicklung der Ausgaben für unterstützende und produktive Erwerbslofenfürsorge ab.“

ernstlich an eine Herabsetzung des Brotpreises denken. Es werde auch jetzt wieder so kommen, daß sozialdemokratische Anträge, die bereits vor Jahren eingebracht worden sind, als richtig erkannt und durchgeführt würden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Reichsernährungsminister Graf Kautz: Die Zinsbelastung der Landwirtschaft ist heute wesentlich größer als vor dem Kriege. Die bisher erzielten Erleichterungen für die Rückzahlungen der Kredite reichen noch gar nicht aus. Es muß angestrebt werden, die landwirtschaftlichen Verpflichtungen, die bis zum Frühjahr noch nicht in den Realkredit übergeführt worden sind, bis nach der Ernte zu prolongieren. Die Reichsbank sei bereit, der Landwirtschaft Erleichterungen zu gewähren. Die Not der Landwirtschaft werde dadurch vermindert, daß der Getreidepreis unter dem Weltmarktpreis liege, während die Produktionskosten den Durchschnitt des Auslandes übersteigen. Zahlreich habe die deutsche Landwirtschaft die Aufgabe erfüllt, den Getreidebedarf zu decken. Es müsse aber verhindert werden, daß sie jetzt zur extensiven Wirtschaftsweise übergehe.

Zu bedauern sei, daß einzelne Kreislandbünde beschloßen hätten, in diesem Jahre keinen Ankaufdänger zu verwenden.

Wenn die Reichsgetreidestelle wieder neu aufgezogen werden sollte, so werde sie nicht als Instrument zur Preissteigerung dienen. Eine mäßige Steigerung des Getreidepreises brauche nicht zu einer Brotverteuerung zu führen. Die jetzige Spanne zwischen Getreide- und Brotpreis sei zu groß. Das Reichsfinanzministerium habe bereits alle verfügbaren Mittel der Wirtschaft in kurzfristigen Krediten überwiesen. Langfristige Kredite können aus dieser Quelle nicht gemehrt werden. Mit Krediten allein sei der deutschen Wirtschaft nicht zu helfen. Eine nachhaltige Besserung der Lage der Landwirtschaft sei in nächster Zeit nicht zu erwarten. Die jetzige Wirtschaftskrise werde noch lange anhalten. Die ganze Wirtschaft bilde heute eine Notgemeinschaft und Hilfe könne ihr nur im ganzen gebracht werden.

Darauf wird die weitere Beratung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Etatberatung im Landtag.

Die Lohnkürzungen der Knappschaftsinvaliden.

Im Landtag wurde gestern zunächst eine sozialdemokratische Interpellation über die bei den Knappschaftsinvaliden im Ruhrgebiet vorgenommenen Lohnkürzungen beraten.

Abg. Otter (Soz.) führte für die Berechtigung der Interpellation schlagende Beweise an. Es gebe Zeichen, die den Invaliden monatlich von 3000 M. zu wenig gezahlt hätten. Den Invaliden seien Rente vorgelegt worden, auf die letzte Lohnkürzung zu verzichten, sonst würde ihnen gekündigt. (Hört, hört! links.) Die Invaliden würden einfach terrorisiert! Ein Lohn von 4 M. für den Bergarbeiter sei geradezu kläglich!

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten stimmten mit dem sozialdemokratischen Redner vollkommen darin überein, daß das ein unhaltbarer Zustand ist, dem schleunigst ein Ende gemacht werden müsse. Es sei zu verlangen, daß die Staatsregierung bei ihren Werken mit gutem Beispiel vorangehe. Auch möchte dafür gesorgt werden, daß die Bergarbeiter nicht einseitig entscheiden. Bei Beratung der Knappschaftsnovelle müsse sich die Staatsregierung bei der Reichsregierung dafür einsehen, daß den Betroffenen eine auskömmliche Rente gesichert werde.

Die Interpellation wurde darauf dem Handelsausschuß überwiesen.

Die Schlussfolgerung aus diesen Tatsachen wird von der Denkschrift folgendermaßen gezogen:

„Es steht ferner für das Etatsjahr 1925 für weitere Aufwendungen nur die Rücklage von 60 Millionen Mark zur Verfügung, über die eine Entschädigung noch nicht getroffen ist. Demgegenüber steht ein noch nicht gedeckter Betrag von 110 Millionen Mark.“

Die Entwicklung im Jahre 1926 und in den Jahren 1927 bis 1930.

Für 1926 wird mit einem Gesamtaufkommen von 6940 Millionen Mark gerechnet, also mit 170 Millionen mehr als nach der neuesten Schätzung für 1925 geschätzt wird. Der Ausgleich des Haushalts 1926, in dem die Reparationszahlungen 300 Millionen Mark mehr betragen als 1925, soll durch stärkste Ausgabenreduzierung und durch die Einstellung einer aus dem Jahre 1924 stammenden Reserve von 250 Millionen herbeigeführt werden.

Für 1927 bis 1930 gibt die Denkschrift nur die Höhe der Reparationslasten an und beziffert den Mehrbedarf des Reiches bei sonst gleichbleibenden Ausgaben im Jahre 1927 auf 482 Millionen Mark.

Ein wichtiger Vergleich zwischen 1913 und 1926.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellungnahme der Denkschrift zu dem Verlangen nach wesentlicher Herabsetzung der Ausgaben. Sie erklärt:

„Bei denjenigen Posten, die den Etat auf der Ausgaben Seite am schwersten belasten, nämlich die Ausgaben für die Kriegsschuldigen, für Heer und Marine, für die Reichswehr, für Invalidenrenten, für die Schutzpolizei werden sich Ersparnisse nicht erzielen lassen. Nach Ausschreibung der Ueberweisungen und aller sonst durchlaufenden Posten und nach Abzug der Ausgaben für die Erlangung von Erwerbseinkünften, die 1913 einen Hauptausgabeposten ausmachten, und ebenso nach Abzug der Ausgaben für den Friedensvertrag ergibt ein Vergleich der Ausgaben des Reiches nach der Rechnung für 1913 und nach dem Vorschlag für 1926, daß der eigentliche Etatbedarf nach dem Vorschlag für 1926 um rund 1520 Millionen Mark höher ist als 1913.“

Gegenüber 1913 ist das Reich mehr belastet durch die Ausgaben für polizeilichen Schutz, durch die Ausgaben, die als unmittelbare Folge des Krieges und der Besetzung anzusprechen sind, insbesondere die 1500 Millionen für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, durch die erhöhten Ausgaben für soziale Zwecke, durch die Uebernahme der Wassertrahen, der Zoll- und Steuerverwaltung auf das Reich. Dies ergibt eine Mehrbelastung des Reiches um rund 2750 Millionen Mark gegenüber 1913.

Dieser Mehrbetrag übertrifft die einzige erhebliche Entlastung gegenüber dem Haushalt von 1913, nämlich die Ersparnisse bei Heer und Marine in Höhe von rund 1325 Millionen Mark und bedeutet darüber hinaus noch eine Mehrbelastung von 1425 Millionen Mark. Vergleicht man diese Summe mit der erwähnten tatsächlichen Erhöhung des gesamten Staatsbedarfs um 1520 Millionen und berücksichtigt man die gesunkene Kaufkraft des Geldes, so ergibt sich, daß die Möglichkeit einer wesentlichen Ausgabenreduzierung nur gering erscheint.“

Diese Auslassung ist von besonderer Bedeutung. Sie widerspricht aufs schärfste den Darstellungen der reaktionären Kreise, die ständig behaupten, daß die Republik verschwenderisch wirtschaftet. Ueberseht man die unverständliche Amtssprache der Denkschrift in klarem Deutsch, so stellt die Regierung hier zum erstenmal die Behauptung auf, daß trotz der gesunkenen Kaufkraft des Geldes um etwa ein Drittel die Verwaltung des Reiches heute nur ein Mehr von etwa 100 Millionen Mark erfordert.

Es folgt die dritte Beratung des Etats.

Abg. Haas (Soz.)

weist auf die verzweifelte Wirtschaftslage hin, die die Reichsregierung dem Reich als Erbe hinterlassen habe. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter sei ungeheuer gestiegen. Ihre Unterstützung absolut unzulänglich. Dabei haben sämtliche bürgerlichen Parteien dem sozialdemokratischen Antrage im Reichstage ihre Zustimmung versagt, der diese Sätze um 50 Proz. statt der vorgesehenen 30 Proz. erhöhen wollte. Wohl aber hat man der Industrie, den Winzern und der Landwirtschaft ungezählte Millionen gegeben. Die kommenden Wintermonate bergen unter solchen Umständen für uns sehr viel Schlimmes. Und in dieser elenden Wirtschaftslage will man den hohen Zollen ein ungeheures Preisgefälle machen und ihnen 200 bis 250 Millionen geben. Ein Schrei der Empörung würde durch Deutschland gehen, wenn diese Arbeit gefühllose Lausache werde. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Sozialdemokraten würden auch den vom preussischen Finanzminister beabsichtigten Vergleich auf das Entscheidende bekämpfen. Aus der Preisentzugsaktion sei nichts geworden; die Kartelle diktieren doch die Preise wie sie wollten. Daß dies möglich sei, sei auch eine Schuld der Regierung Luther-Schiele, die nicht gegen die Kartelle vorgehe. Die viel besprochene Not der Landwirtschaft erkläre sich zum großen Teil

aus der ungeheuer gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung.

die zum Sparen selbst am Notwendigsten zwingt. Die Deutschnationalen hätten in der Reichsregierung zehn Monate lang nichts anderes als Erfüllungspolitik getrieben und dabei innenpolitisch ihre Schächeln ins trockene gebracht. Als sie aber den Schlüssel nicht die von ihnen getriebene Außenpolitik setzen sollten, haben sie sich seitwärts in die Wüste geschlagen. Sache der deutschnationalen Koalitionspartner würde es sein, sich mit den Deutschnationalen deshalb auseinanderzusetzen. Die Sozialdemokraten seien der festen Ueberzeugung, daß die bis jetzt aufgetauchten Rückwirkungen von Locarno nur einen Anfang darstellten.

Die Räumung der zweiten und dritten Zone müsse durch Veränderung der bestehenden Bestimmung der ersten baldigst nachfolgen.

(Sehr richtig! links.) Auch die allgemeine Abrüstung muß kommen! (Höhliche Zurufe rechts.) Sie (zu den Deutschnationalen) hören allerdings nicht gerne von Frieden und von der Abrüstung; Sie tuern nur wieder auf die schönen bunten Uniformen, die vielen Orden und die militärischen Nachstellungen. Dabei gehen Sie selbst gegen Ihren Reichspräsidenten v. Hindenburg vor, der besser übersehen kann, daß man jetzt den Weg der Verständigung gehen muß, als der Schaumischlager Lubentzoff. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Heß (Z.) stellte unter der Hellerkeit des Hauses Ironie fest, wie „mutig“ es sei, unter den obwaltenden Umständen, wie es die Deutschnationalen getan hätten, einen Parteienvertrag mit dem Viede „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ zu schließen, und wandte sich dann gegen die Katholikentage des Evangelischen Bundes. Die Deutschnationalen und die Wältschen versuchten vergeblich diese Art von Unbilligkeit abzuleugnen. Das Zentrum werde den Kampf gegen die Inparität weiterführen und wenn es noch so oft von der Rechten fälschlich als Störer des konfessionellen Friedens hingestellt werde. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Nach den Ausführungen des Abg. Dieck (Komm.) der für seine Fraktion den Etat ablehnt, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr. Außerdem kleine Vorträge.

Schluß 5 Uhr 15 Minuten.



Läßt sich die polizeiliche Tätigkeit nicht derart steigern, daß schließlich alle Vergehen von vorneherein unterbunden werden können? Läßt sich die Menschheit nicht so weit erziehen, daß jede Polizei sich erübrigt? Denn die Polizei hat doch keinen Selbstzweck, sie ist nur das ausführende Organ des Staatsgedankens, die Vermittlerin zwischen den Interessen des einzelnen und der Gesamtheit, eine Einrichtung also, die nur dazu da ist, den Ablauf des Lebens möglichst reibungslos zu gestalten. Dies bleibt der ideale Zweck der Polizei, daß sie diesen manchmal verfehlt und sich als eine absolute Gewalt ansetzt, ändert an der Tatsache nichts. Die Polizei wäre also überflüssig, wenn jeder Mensch es verstände, sich in den Rahmen der Gemeinschaft einzufügen und wenn diese ihrerseits wiederum die Interessen des einzelnen nicht vergewaltigen dürfte.

Die Hemmnisse.

Im allgemeinen überschätzt man das große Verbrechen. Man glaubt gewöhnlich, die Haupttätigkeit der Polizei bestände darin, Morde, Brandstiftungen, Einbrüche oder Diebstähle aufzuklären, d. h. sie sei hauptsächlich vorhanden, um den Kampf mit dem großen Verbrecher aufzunehmen, der sich bewußt der Gesellschaft entgegenstellt. In Wirklichkeit aber, bedeutet dieser Kampf nur ein Scheitern der polizeilichen Tätigkeit, denn, abgesehen von Verbrechen, die aus Not oder aus vorübergehender Leidenschaft, geboren werden, bleibt das große Verbrechen aus bloßer Neugier zum Verbrechen die Ausnahme. Die Hemmnisse, die sich der hocharbeitenden Tätigkeit der Polizei entgegenstellen, kommen von einer ganz anderen Interessengruppe: von der Wirtschaft. Versteht man unter Wirtschaft, wie Polizeipräsident Friedensburg vor einiger Zeit bei der Berliner Tagung der höheren Polizeibeamten Preußens in seinem Vortrag „Polizei und Wirtschaft“ näher ausführte, die Summe der Kräfte der einzelnen zur Betätigung ihres Erwerbszweckes, so erkennt man sofort, daß hier der Polizei ganz andere Schwierigkeiten gegenüberstehen als bei der Bekämpfung der Verbrecher. Vor einigen Jahren, während der Inflation, erklärte man öfters, daß die Wirtschaft überall den ersten Platz einnehme, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Kunst hätten sich ihr ohne Widerspruch unterzuordnen. Nur wirtschaftliche Interessen ständen an erster Stelle. Wie übertrieben ein Teil hier zum Ganzen gemacht wurde, zeigt die Gegen-

wart, immerhin bleibt die Wirtschaft eine ungeheure Macht, mit der jede andere ernstlich zu rechnen hat. Wie muß sich nun die Polizei als ordnendes Element der Gemeinschaft ihr gegenüber verhalten, besonders, wenn man noch in Rechnung stellt, daß die größte Anzahl von Vergehen wie Unterschlagungen, Diebstähle und Betrügereien tatsächlich aus wirtschaftlicher Not entstanden sind?

Ausgleich.

Wirtschaft und Allgemeinheit stehen sich als zwei Mächte gegenüber, von der jede den Anspruch erhebt, allein ihre Interessen durchzusetzen. Die Polizei muß dazwischen vermitteln, sie muß die Rechte beider anerkennen und versuchen die entgegengesetzten Kräfte mit einander zu versöhnen, sie muß einen Kompromiß zu schaffen suchen. Verkehrsunfälle z. B. könnten beinahe aus der Welt geschafft werden, wenn alle Fahrzeuge Schritt fahren würden. Die Verkehrspolizei würde eine solche Verordnung erlassen, aber die Wirtschaft würde dagegen energisch Stellung nehmen, da diese Verordnung den Verkehr restlos unterbinden und damit die Wirtschaft tödlich treffen würde. Auf der einen Seite lebt das Bestreben, die Fahrgeschwindigkeit möglichst zu erhöhen, denn in einer Millionenstadt wie Berlin ist dies unbedingt notwendig, um den Bewohnern der Vororte Gelegenheit zu bieten, schnell im Zentrum der Stadt sein zu können, auf der anderen Seite steht dagegen die erhöhte Gefährdung des Fußgängers. Die Verkehrspolizei muß hier einen Ausgleich finden, in diesem Falle die Festlegung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 35 Kilometer, die immerhin eine gewisse Schnelligkeit ermöglicht und auch Sicherheit dem Fußgänger garantiert. Allerdings stellt dieses Kompromiß keinen der beiden Interessen restlos zufrieden, Verkehrsunfälle sind dabei nicht ausgeschlossen und die Abwicklung des Verkehrs erscheint verzögert. Dasselbe Kompromiß muß die Polizei bei der Festlegung der Sonntagsruhe finden. Eine absolute Sonntagsruhe ist vielleicht noch möglich auf dem Lande bei primitiven Verhältnissen, in großen Städten und Industriezentren aber unmöglich, die Wirtschaft hemmt diese Bestrebungen. Allein der Verkehr, Elektrizität, Gas- und Wasserversorgung erfordern Sonntagsarbeit, und Hochöfen dürfen nicht erlöschen, wenn sie nicht unbrauchbar werden sollen. Die Polizei muß sich der wirtschaftlichen Notwendigkeit beugen, denn die Wirtschaft würde durch einschneidende Maßnahmen auf diesem Gebiete zugrunde gehen oder unabwehrbaren Schaden erleiden. Und nun noch

ein Beispiel aus dem Arbeitsfeld der Bergpolizei. Immer wieder ereignen sich in Bergwerken Unfälle bei den Förderföhrern, den Fahrstühlen, die manchmal bis zu einer Tiefe von 600 Metern die Arbeiter zu ihrer Arbeitsstätte bringen. Diese Unfälle wären zu vermeiden, wenn die Arbeiter zu Fuß in die Tiefe steigen würden, eine Unmöglichkeit, da dann der Auf- und Abstieg die Zeit von einigen Stunden in Anspruch nehmen würde. Die Seile, an denen die Förderföhrer hängen, müssen das Zehnfache der tatsächlichen Belastung aushalten können und trotzdem ereignen sich Unglücke durch Reißen der Seile, die zu vermeiden wären, wenn die polizeiliche Bestimmung eine 20- oder 100fache Belastung forderte. Aber diese Forderung könnte die Wirtschaft unmöglich erfüllen, da solche Seile eine vollständige Ueberholung der Förderanlagen notwendig machen würden. Die Polizei schließt auch hier deshalb ein Kompromiß, sie kann aus Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten diese Forderungen, die die Menschheit absolut schätzen würden, nicht stellen. Immer muß die Polizei eine Vergleichsmöglichkeit suchen, eine Stelle, wo Polizei und Wirtschaft sich am nächsten kommen.

Reste der Zwangswirtschaft.

Die Kriegszeit und die Inflation haben einige Erfahrungen mit der Zwangswirtschaft gelehrt, besonders der Höchstpreis war ein äußerst trauriges Kapitel, immer verstand es die Wirtschaft, die gemeinnützigen, polizeilichen Verordnungen irgendwie zu umgehen. Zwei Begriffe aus dieser Zeit haben nun noch bis heute ihre Geltung bewahrt: der des unzuverlässigen Handels und der des angemessenen Preises, Begriffe, mit denen heute noch die Polizei arbeitet. Aber Begriffe ändern sich, und selbst Befehle behalten nicht immer ihre unumstößliche Gültigkeit, die Polizei kann mit ihnen nicht arbeiten wie ein Chemiker mit seinen stets stimmenden Formeln. Was heißt denn unzuverlässiger Händler? Natürlich liegt in manchen Fällen die Sache klar, vielleicht offene betrügerische Absicht, aber liegt sie auch z. B. bei einem kleinen Händler klar, der seine Abnung von Buchführung hat, und aus bloßer Unkenntnis falsche Bilanzen macht und höhere Preise rechnet, nur weil ihm der Lieberstid fehlt? Und was bedeutet denn angemessener Preis? Ein Preis für eine Ware kann bei großem Umsatz und geringen Kosten zu hoch sein, während er sonst angemessen ist. Geschäfte in der Tauengienstraße sind teurer, als Bäden in Wehensee oder Mohlsdorf. Um hier eine richtige Entscheidung zu fällen, muß die Polizei über genaue psychologische und wirtschaftliche Kenntnisse verfügen, sie darf nicht schematisch vom grünen Tisch aus urteilen. Die Polizei steht eben im ständigen Kampfe mit dem Willen des wirtschaftlichen Menschen, mit seinen diktatorischen Bestrebungen, doch wenn sie nicht unterliegen will, dann muß sie die Seele ihres Gegners kennen.

Doch diese Dinge sind nicht allein rechnerisch zu lösen, immer wird ein Rest bleiben. Die Polizei kann dann nur Erfolg haben, wenn sie als eine Ausdrucksform für den sittlichen Willen des Volkes erscheint, sie muß ein Teil des Volkes sein und nicht eine über den Volken schwebende Behörde, die irgendeiner Machgruppe Dienste leistet. Wenn heute in Amerika die Polizei den Kampf gegen den

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

„Ungeschicklichkeit! Das wird sich schon machen,“ sagte lachend der Mann.

Nein, das machte sich nicht. Olga empfand mit einer sich täglich erneuernden Unruhe, wie schlecht Evas Augen waren, diese licht-hafelnudbraunen, von den langen Wimpern wie mit Strahlen umsäumten Sterne. Olga versenkte oft tief ihren Blick hinein. Das arme Kind, was sollte mit ihm werden, wenn sie einmal nicht mehr war?! Einen Vater hatte sie der kleinen Eva geben wollen, einen Schützer gegen das Leben, das hart anpackt. Daß es damit nichts war, das sah sie bald ein. Ihr Mann war kein böser Stiefvater, er schalt nicht, er war nicht gefährlich, er schlug nicht aber er kümmernte sich auch nicht. Er sah Eva kaum. Morgens stand er spät auf, sehr spät, Eva war längst zur Schule. Und wenn sie von dort zurückkam, war niemand zu Hause außer dem kleinen gelben Fräulein, denn die Mutter mußte im Keller sein — und er? Er sagte, er könnte nicht so lange aufs Essen warten, er öfte mit anderen Bekannten in einem Restaurant. Darin hatte er ja recht — damit beschwichtigte sich Olga selber —, wenn er abends spielen mußte, konnte er nicht warten, bis sie nach Hause kam und ihm ein Essen brachte. Eva war nun schon alt genug, die hätte freilich zu Mittag etwas bereiten können für ihn und für sich, aber er sagte: „Daß man, die verbrennt sich sonst noch die Poten. Ich gehe lieber aus.“

Das, was Olga ersehnt hatte: eine Häuslichkeit für das arme Kind, war nicht da. Dem Mann machte sie keinen Vorwurf daraus; er war eben zu jung, um sich Pflichten aufzuladen, zu denen ihn sein Herz nicht drängte; aber auf ihre Seele fiel schwer die Erkenntnis, die klare Erkenntnis: sie hätte ihn nicht heiraten sollen, nicht heiraten dürfen. Hatte sie ihn denn geheiratet, nur geheiratet Evas wegen? Sie ging hart mit sich ins Gericht.

Zu dieser Zeit hatten die Mädchen im Geschäft es nicht so angenehm wie sonst mit ihrer Direktrice. Sie steckten die Köpfe zusammen: früher war die Wilkowsk immer so nett gewesen, jetzt konnte sie eifrig sein, geradezu ungerecht. Uha, die hatte wohl Pech mit ihrem jungen Mann! Olga selber wußte es nicht, wie nett sie war, ungeduldig und gereizt. Eines Tages weinte das kleine Lehmannchen bitterlich; es hatte Stecknadeln zureichen sollen bei einer Anprobe, und immer dann nicht die Nadel hinnehmen, wenn die Direktrice sie beim Abstecken brauchte. Das Kostüm wollte sowieso gar nicht sitzen. Olgas Hände stogen in einer unbezwinglichen Ungebuld. Sie

fuhr das junge Ding mit einem heftigen „Passen Sie doch besser auf, Sie sind ja gar nicht zu gebrauchen,“ unanft an; sie war auch so unliebenswürdig gegen die Kundin, daß diese nachher beim Chef sich darüber beklagte. Der Mann war ein wenig genug: „Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, gnädige Frau, unsere Direktrice ist aber gerade jetzt so überlastet, sie ist dadurch etwas nettlos. Aber es wird nicht wieder vorkommen, gnädige Frau, ich versichere Sie.“ Er setzte Olga darüber zur Rede: „Wie können Sie bloß! Sie vergrämen mir ja die Kundenschaft.“ Da sagte sie hastig, ohne jede Ueberlegung: „Ich bin auch ein Mensch. Ich scheine Ihnen aber jetzt nicht mehr zu passen. Es wäre mir lieb, Sie suchten sich eine neue Kraft.“

In die Arbeitsstube war das durchgedrungen; es sumnte da wie in einem Bienenstock. Hatte die Wilkowsk ihm den Stuhl vor die Tür gesetzt oder er ihr? Ging sie nun wirklich, nachdem sie so viele Jahre hier tätig gewesen war? Und ließ er sie so ohne weiteres gehen?

Der Chef hatte dann doch versucht, die bewährte Kraft zu halten, Olga hätte auch vielleicht eingelenkt, aber als sie zu Hause davon erzählt hatte, war ihr Mann ganz Feuer und Flamme: „Natürlich gehst du. Du wirst ohnehin viel zu schlecht bezahlt.“

Schlecht bezahlt? Freilich nicht so bezahlt, daß es genügt für das, was sie jetzt gebraucht. Es war merkwürdig, wieviel jetzt alles kostete! Olga sah mit Schrecken, wie das Verdiente zerrann. Früher, als sie noch mit Eva allein war, hatte sie so manches anschaffen können, jetzt war Ende des Monats immer alles weg. Ach, es war gar nicht schön mehr, zu leben! War es denn früher schön gewesen? Sie hatte all die bitter-einsamen Stunden und die Stunden der Kränkungen bei den Wilkowskis vergessen. Mit einer gewissen Sehnsucht dachte sie an die Zeit zurück, in der sie mit ihrer Eva allein gelebt hatte. Und diese, zuerst nur leis sich regende Sehnsucht wurde zur starken, unabweisbaren. Und eine Neue wuchs in ihr. Wer hieß sie, diesen jungen lebenslustigen Menschen heiraten, der das was er verdiente, für sich allein verbrauchte, der nichts zum Haushalt beisteuerte, der noch das mitverbraachte, was ihrer Eva, nur ihrer Eva zumal! Nein, er war nicht schlecht, er hatte sich eben nur bezuemen betten wollen, in einem Haushalt sein Behagen, eine Frau haben wollen, die für ihn mitverlebte. Er lag öfters brach. Es kamen die Wochen außer der Saison, die Monate, in denen er kein ständiges Engagement hatte, nur einmal hier und da zu spielen hatte und bei dem großen Angebot von solchen Musikern, wie er einer war, schlecht bezahlt wurde. Es gab Augenblicke, in denen sie bleich wurde in einer Empfindung, die einer Abneigung glich, wenn er lachend sein Portemonnaie ausschüttelte: „Ich habe nichts, gar nichts mehr. Mädchen, gib

mir mal zehn Mark! Ich muß doch 'nen Groschen in der Tasche haben.“ Sie gab ihm, aber sie gab ihm ungern. Und sie hatte kein Vertrauen mehr zu ihm. Vor allem nahm sie es ihm übel, daß er nicht an ihrer Sorge um Eva teilnahm; sie vergaß, daß er von jener großen, geheimen Sorge, die immer wieder in ihr zu brennen anfing, wenn sie des Kindes Kränken sah oder sich in schwarzen Sünden an dessen Vater erinnerte, nichts ahnte. Wie hätte sie ihm auch davon sprechen können! Getraute sie sich doch nicht einmal, mit sich selber darüber zu sprechen. Sie war feige. Feige schalt sie sich, daß sie Eva nicht zu einem Spezialisten brachte, diesem im Vertrauen ihre Ängste beichtete. Ihre Ängste — ach, die waren ja unbegründet! Aber es wäre doch wohl besser, wenn er das Kind eines unglücklichen Vaters ganz genau untersuchte. Sie würde dann ruhiger sein. Aber sie konnte sich zu dieser Tat nicht aufraffen. Ging es Eva im letzten Jahr denn nicht auch viel besser? Belam sie nicht fast etwas Blühendes? Sie wurde, wie Lenchen damals prophezeit hatte, hübsch.

Lenchen — mein Gott, wie lange hatte sie von der nichts mehr gesehen! Einmal war die im Geschäft gewesen, hatte sie sprechen wollen. Der Boy hatte mit einem impertinenten Lächeln gesagt: „Fräulein, unien ist eine, die nach Ihnen fragt!“ „Wer ist es denn?“ Da hatte er um noch viel mehr gelächelt, die Augen verschmimt zugemiffen, eine Handbewegung gemacht, die so viel sagend war, daß sie hastig sagte: „Ich bin nicht zu sprechen — ich bin nicht da! Weisen Sie sie unbedingt ab. Ich bin überhaupt nicht mehr hier im Geschäft, hören Sie!“ Und geschämt hatte sie sich. Ja, es mußte das Fräulein Helene gewesen sein, aufgeregelt, gefärbt, geschminkt, so unverkennbar abgestempelt, daß selbst dieser dumme vier-zehnjährige Bengel wußte, woran er mit ihr war. Und die hatte sich gar nicht abwiesen lassen wollen, den Jungen aufs süßeste angelächelt, ihm eine Mark in die Hand gedrückt, sie wollte doch gar zu gern das Fräulein Wilkowsk einmal sprechen. Aber aus Angst vor der Direktrice war der Boy festgebunden. Wenn er nur nicht ihre Privatadresse verraten hätte! Er sagte zwar „nein“. Eine lange Zeit hatte Olga gerittert: wenn die ihr nun aus den Hals kam?! Aber bis jetzt war sie nicht gekommen. Weit, weit lag die Rosmarinstraße und das abgewirkte Haus mit der vielbesauften Treppe von ihrer Gegend hier, sie brauchte auch nicht zu fürchten, daß man sich begegnete, und doch ertarpte sich Olga jetzt oft dabei, daß sie an jene dachte. Was war Lenchen doch für eine gutmütige, warmherzige Person gewesen! Und hätte eine Mutter über ihr gewacht, wäre sie nie das geworden, was sie geworden war. In einer Aufwallung, die jedes Hochmutes plötzlich bar war, dachte Olga jetzt an die einstmalige Leidensgenossin bei Frau Lehmann.

(Fortsetzung folgt)

Alkohol mit einigem Erfolg führt, so rührt das nur daher, daß die Trodenlegung der Vereinten Staaten tatsächlich dem Willen großer Volksteile entspringt. Die Polizei soll ausreichende Berechtigtheit haben, soll das Volk vor Ausbeutung aller Art schützen, aber Erfolg wird sie nur haben, wenn sie tatsächlich Ausdruck des Volkswillens ist.

Eine Schau des Schaffenden.

Die Weihnachtsschau des Arbeiter-Kultur-Kartells

Jährlich um die Weihnachtszeit veranstalten die verschiedensten Organisationen und Privatunternehmungen zahlreiche Ausstellungen, die oft nur rein geschäftlichen Interessen dienen. Sie enthalten neben wenigen brauchbaren und guten Gegenständen viel Tand und wertloses Zeug. Aus erzieherischen und sozialen Gründen haben eine Reihe von Arbeiterorganisationen eigene Ausstellungen veranstaltet, um wenigstens ihre Mitglieder vor dem sinnigen Geschäftsgelüste zu schützen, dem es in der Zeit, wenn die Käufer von kritischer, sentimentaler Weihnachtsstimmung erfüllt sind, umso leichter gelingt, klingende Münze einzuhelfen.

Seit Jahren hat die Berliner Gewerkschaftskommission Ausstellungen veranstaltet, die den Berliner Arbeitern gute und zweckmäßige Gaben für den Weihnachtstisch bieten, hergestellt unter Arbeitsbedingungen, die den organisatorischen Vereinbarungen entsprechen. Was die Gewerkschaften begonnen haben, setzt das Arbeiter-Kulturkartell Groß-Berlin in diesem Jahre in erweiterterem Umfang fort. Die erste Weihnachtsschau des Arbeiter-Kulturkartells findet statt in der Zeit vom Freitag, den 11. bis Mittwoch, den 23. Dezember in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, und ist geöffnet wochentags von 2-8, Sonntag von 10-7. Alles in dieser Schau ist nach Schönheit und Zweckmäßigkeit geordnet. Sie enthält eine Fülle von Kunst- und Gebrauchsgüter aller Art, darunter Erzeugnisse volkstümlicher Kunst aus Thüringen, Hessen, Bayern und der Mark Brandenburg. Dazu kommen die verschiedensten kunstgewerblichen Gegenstände, bestehend aus Schmiede-, Drechler- und Flechtarbeiten in den schönsten Formen sowie handgewebte und bedruckte Stoffe in prächtigen Farben. Besondere Beachtung verdient die Bucherschau. In ihr finden die Besucher in bezug auf Text und Illustration musterartige ausgestattete Bücher für Kinder jeden Alters, ferner eine große Auswahl von Büchern für Jugendliche und Erwachsene. Große Sorgfalt wurde verwandt auf die Auswahl geeigneter und zweckmäßiger Spielzeuge. Hier werden Erzeugnisse aus den bedeutendsten Werkstätten gezeigt, so daß den Eltern reichlich Gelegenheit geboten ist, bei der Auswahl die besondere Reizung und Veranlagung ihrer Kinder zu berücksichtigen.

Ein besonderer Raum enthält wertvollen künstlerischen Wandschmuck für das Arbeiterheim. Dieser Teil der Ausstellung dient dem Zweck, den Einzug von wertlosen kitschigen Bildern in die Arbeiterwohnung zu verhindern. Eine Reihe von Künstlern, die bisher in hervorragender Weise für das Proletariat wirkten, stellen Radierungen, Lithographien und Zeichnungen aus. Darunter sind Arbeiten von Frau Professor Käthe Kollwitz, Wilhelm Dörmann, Hellmuth Krommer, Holz und Zille. Dem Kampf gegen den Schmutz dient auch die Ausstellung von vorbildlichem Hausrat für die Arbeiterwohnung. Dieser Teil der Ausstellung wird geleitet von der Arbeitsgemeinschaft „Wohnung und Hausrat“. Diese Gesellschaft zeigt praktische und schöne Zimmereinrichtungen für einfache Ansprüche und will zugleich den Wert einer planmäßigen Zusammenarbeit von Kunst und Handwerk zur Darstellung bringen. Die Entwürfe der ausgestellten Einrichtungen stammen von Bruno Laut, Spannagel, Müller, Berthelmann u. a. Sie werden ausschließlich in Handwerksbetrieben hergestellt. Es wird damit der Nachweis erbracht, daß bei guter Organisation der Handwerker in der Lage ist, zu konkurrenzfähigen Preisen zu arbeiten. Die dadurch zu erwartende Steigerung des Absatzes ist geeignet, die Freude an der eigenen Arbeit und am handwerklichen Können zu erhöhen.

Die Ausstellung wird nicht nur die Wohnung als solche, sondern auch ihre Inn- und geschmackvolle Ausstattung bis zum kleinsten Stück Hausrat zeigen. Die Leitung der Ausstellung hat Baurat Bruno Laut übernommen. Sie gibt diesem hervorragenden Architekten Gelegenheit, seine Gedanken zur Frage der Hausgestaltung, die er in dem Buch „Die Frau als Schöpferin“ niedergeschrieben hat, praktisch zu gestalten. Die Frage der preiswerten und zeitgemäßen Einrichtung für die Ein- und Zweizimmerwohnung soll im Rahmen dieser Ausstellung gelöst werden. Die ausgestellten Möbel und Hausratgegenstände werden verkauft. Diese Lotterie ist nicht zu verwechseln mit der sonst allgemein üblichen. Sie ist der Versuch, an die große Masse der Bevölkerung heranzukommen und die kleine Konzeption an den Spielbetrieb soll dazu dienen, die mit der Ausstellung verbundenen kulturellen Ziele wirksam zu fördern. Hauptgeminne sind:

1. ein vollkommen eingerichtetes Wohnhaus,
2. sechs beschlagene Zimmerwohnungen mit allem Hausrat,
3. eine große Anzahl Zimmer- und Kücheneinrichtungen,
4. einzelne Möbel usw. — Der Preis der Lose beträgt 1 Mark pro Stück.

So ist diese Ausstellung des Arbeiter-Kultur-Kartells, mit der kein materieller Gewinn erreicht werden soll, ein wichtiges Stück Erziehungs- und Kulturarbeit. Die Größe ihres Erfolges hängt ab von der Beachtung, die ihr die Arbeiterschaft Berlins schenkt.

Fünfhundert ärztliche Rezepte gefälscht.

Unter der Anklage des Kofainhandels und der Urkundenfälschung hatte sich der Kaufmann Siegfried B. vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. Bei einer Razzia in einer verächtlichen „Kofaindiele“, in der auch viele Kofainhändler sich ständig aufhalten, wurde auch B. festgenommen, bei dem man eine Menge Kofain fand. Eine Hausdurchsuchung förderte ein Paket Rezepte mit dem Vordruck eines praktischen Arztes Dr. F. zutage. B. war früher bei dem Arzt in Behandlung gewesen. Er hatte es geschafft, die Schmerzen vorzutauschen, so daß der Arzt ihm mehrfach Kofain ordnete. Als B. aber zu häufig mit dem Verlangen nach Kofain kam, schöpfte der Arzt Verdacht und wies den Patienten ab. Dieser wußte sich aber zu helfen. Er entwendete dem Arzt ein Rezeptformular und ließ danach 500 weitere drucken. Dann fälschte er Rezepte auf den Namen dieses Arztes und holte sich aus den Apotheken das gewünschte Kofain. Durch seine Verhaftung ergab sich auch, als man sein Vorleben nachforschte, daß B., der in Gladbeck geboren und in früher Jugend nach Amerika gekommen ist, sich dort für die amerikanische Armee hatte anwerben lassen und gegen Deutschland getämpft hatte. Später ist er dann nach Deutschland desertiert. Er bestritt vor Gericht, einen Kofainhandel betrieben zu haben und bezeichnete sich als Opfer des Kofainismus. Sein Verteidiger hielt auch einen Beweis für die Handelstätigkeit des Angeklagten nicht für erbracht. Das Schöffengericht konnte B. nur wegen des unerlaubten Besitzes von Kofain und wegen Urkundenfälschung verurteilen. Die Strafe lautete auf vier Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. B. blieb jedoch wegen des gegen ihn anhängigen unterzeichneten Beschlusses wegen Landesverrats weiterhin in Haft.

Sonderzug nach dem Riesengebirge.

Heute beginnt der Fohrartenverkauf für den am Sonnabend, 12. Dezember, nach dem Riesengebirge verkehrenden Sonderzug 4. Klasse bei der Fahrkartenausgabe Friedrichstraße und den U.E.R.-Ausgabestellen Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Unter den Linden 57/58. Die Abfahrt des Sonderzuges

erfolgt am Sonnabend vom Stadtbahnhof Friedrichstraße um 3,01 nachm. Die Rückfahrt am Sonntag von Hirschberg um 6,20, von Oberschreiberhau um 4,33 nachm. und von Krummhübel um 5,10 nachm. Ankunft in Berlin Friedrichstraße um 12,10 abends. Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt werden ausgegeben nach Hirschberg 12,60 M., Oberschreiberhau 14 M., Krummhübel 14,80 M. In Krummhübel und Oberschreiberhau sind Uebernachtungen vorgelesen. Die Quartiere werden bei Ankunft des Sonderzuges aus dem Bahnhof befreigegeben. Die Kosten für eine Uebernachtung stellen sich auf ungefähr 3 M. einschließl. Frühstück. Gegen Vorzeigung von besonderen Berechtigungsarten wird den Sonderzugteilnehmern ein Mittagessen zum Preise von 1,50 bis 1,75 M. geboten. Führungen unter fachkundiger Leitung werden veranstaltet werden.

Zur Tragödie der Jurjewskaja.

Die Feststellungen der Berliner Kriminalpolizei.

Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei in der Angelegenheit der verschwundenen Sängerin Jurjewskaja haben nach Mitteilungen des Berliner Polizeipräsidenten folgendes ergeben:

Die Ehefrau Zinaida von Bremer, geborene Dentin, mit Künstlernamen Jurjewskaja, befand sich nach den Bestatigungen mehrerer ihrer nahestehender Personen seit einiger Zeit in schwerer seelischer Bedrückung. Um Ruhe und Erholung zu finden, ist sie im Einverständnis mit ihrem Ehemann am Dienstag, den 1. Dezember d. J., von Berlin nach der Schweiz abgereist. Durch diese Reise wollte sie zugleich dem Konzert, das am 3. Dezember im Gewandhaus in Leipzig unter ihrer Mitwirkung stattfinden sollte, aus dem Wege gehen, da sie sich infolge ihrer Indisposition den Anforderungen eines Konzerts nicht gewachsen fühlte. Um einen entsprechenden Verkauf von der Staatsoper zu erwirken, und bei dem Konzert nicht auftreten zu müssen, hat der Ehemann mit ihrem Einverständnis auf einem im Osten Berlins gelegenen Postamt ein Telegramm an „Bremer“ des Inhalts ausgegeben, daß die Mutter der Sängerin schwer erkrankt sei und diese sofort nach Dorpat kommen solle. Auf Grund dieses von Staatsoper übermittelten Telegramms, bei dem man den Ursprungsort Berlin in Dorpat umgeändert hat, wurde die Sängerin beurlaubt. Inzwischen hatte der Ehemann die notwendigen Reisevorbereitungen getroffen. Er selbst brachte seine Frau zum Bahnhof, wo sie einen nach der Schweiz abgehenden Zug bestieg. Vier Tage nach der Abreise erhielt von Bremer aus Andernach in der Schweiz einen am 3. Dezember abgegangenen Brief, in dem die Sängerin den Gatten bittet, er möge ihr verzeihen, wenn sie ihm Kummer bereite, er möge allgemein verbreiten, daß sie durch Herzschlag verstorben sei. Sie werde aus dem Leben scheiden. Diese polizeilichen Feststellungen sprechen für die Annahme eines Selbstmordes. In Uebereinstimmung mit diesem Berliner Ermittlungsergebnis hat die Schweizer Polizeibehörde der Berliner Kriminalpolizei auf Anfrage erklärt, daß das Vorliegen eines Verbrechens ausgeschlossen sei.

Ein Wohltätigkeitschwindler.

„Akademikerhilfe“ und „Geschäftsschutz“.

Ein sicheres Auftreten, persönliche Intelligenz und der übliche Hang zur Großmannsjucht sind die Grundbedingungen, die den geborenen Hochstapler ausmachen. Der ehemalige Bankbeamte Zehler, den unglückliches Familienleben und persönliche Not und Krankheit auf die schiefe Ebene brachten, besitzt diese drei Eigenschaften in einer Vollendung, die erstaunlich ist. Schwere Betrügereien in Lateinheit mit schwerer Urkundenfälschung führten ihn vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Seine beiden Mitangeklagten A. und S. waren willenslose Werkzeuge in der Hand eines „Meisters des Betruges“.

Zehler hatte schon einmal in fast allen größeren Städten Deutschlands Gastspiele gegeben und wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis wegen Wohltätigkeitschwindelurteilen verurteilt. Für das Rote Kreuz und eine sogenannte Hungerhilfe reiste er verendend von Ort zu Ort. Aber alle Einnahmen, die diesen Wohltätigkeitsgründungen zugebacht waren, flossen in seine Tasche. Für Berlin hatte er sich nun etwas Neues ausgedacht. Anlaß dazu bot ihm die „Studentenhilfe“, die einmal wirklich bestand und noch heute unter verändertem Namen fortbesteht. Der Angeklagte gründete eine „Akademikerhilfe“, der er zur Zeit des Kellnerstreiks den „Geschäftsschutz“ angeschlossen hat. In den verschiedensten Kleidungen, den mannigfaltigsten Namen und Titeln warb er um Geld und Hilfe für die notleidende akademische Jugend, deren Elend er mit den bewegtesten Worten zu schildern wußte. Einigen wenigen Studenten hatte Zehler auch wirklich Verpflegung und geringes Entgelt durch Restaurants besorgt. Die in Bedrängnis geratenen Studierenden mußten dabei den von ihm gegründeten „Geschäftsschutz“ bilden. In der Hauptfrage aber kam es dem gewiegten „Geschäftsmann“ auf die Sammlungen von Geld für seine „Akademikerhilfe“ an. Der Angeklagte tat in der Verhandlung das Beste, was er tun konnte, er war geständig. Seine Mitbetrüger, die ja wirklich nur untergeordnete Rollen spielten, belastete er so wenig wie möglich. Diese erhielten denn auch nur geringfügige Gefängnisstrafen. Aber auch Zehler selbst wurden noch einmal mildernde Umstände zugebilligt.

Wegen fortgesetzter Betrügereien in Lateinheit mit schweren Urkundenfälschungen wurde auf eine Gefängnisstrafe von ein Jahr und sechs Monaten erkannt, die bürgerlichen Ehrenrechte sprach ihm das Gericht auf die Dauer von drei Jahren ab.

Ueber eine Million Mark für den Nordpol-Expedition hat die

Zeppelin-Edener-Sammlung bisher aus einem Teil von Deutschland eingenommen, der erst gegen ein Drittel des Reiches beträgt. Bei gleich günstigem Ergebnis im übrigen Reich wird das Sammlungsziel sicher erreicht werden. Das Kuratorium, dem auch Genosse Höring beizutreten versprochen hat, fand noch genauer Prüfung die Sammlung und ihre Führung in bester Ordnung.

„Wunder der Schöpfung“, der großkranonische Kulturfilm der Ufa wird am Freitag, 11. Dez., abends 7 1/2 Uhr, als 41. Fortführung miffenschaftlicher Filme in der Treptow-Sternwarte vom Bildungsausschuß S. B. D. Treptow-Baumhulenkampweg geboten. Als zweiter Teil des Programms läuft der prächtige Trüfffilm „Kali S. T. O. S.“ in zwei Akten. Karten zu 60 Pf. sind zu haben in den Expeditionen Baumhulenkampweg, Niehölstraße, bei Straß, Treptow, Grackstr. 50, bei Kehler, und an der Abendkasse.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 10. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30-5 Uhr nachm.: Konzert. 6.05 Uhr abends: Einführung zu dem Sendeopel „Oberon“ am 11. Dezember. 6.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Dr. Georg Sinner: „Technisches Spielzeug“. 7.15 Uhr abends: Dr. Th. Tichauer: „Der Aufbau der Internationalen Arbeiterorganisation in Genf“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Literatur. Theodor Kappstein: „Deutsche Dichter und Denker“ (Hermann Stöhr). 8.30 Uhr abends: Der Roman als Funkspiel. 8. Fortsetzung: „Die Katastrophe“, Originalroman für die „Funkstände“ von H. J. Gramatik (als Funkspiel bearbeitet). 9 Uhr abends: Orchesterkonzert. Unter Mitwirkung von Jeannette Schwarz Sopran. Dirigent: Dr. W. Buschböcker. L. Moszkowsky: Ballettmusik aus „Boabdil“. 2. a) Tirindelli: L. To, b) Pergolesi: Nina (Jeannette Schwarz). 3. Rubinstein: Suite aus dem „Bal costume“. 4. Tosti: a) Encore, b) Mattinata (Jeannette Schwarz). 5. Drigo: Suite aus dem Ballett „Des millions d'Arlequin“. Berliner Philharmoniker. 10 Uhr abends: Drahtlose Empfangsversuche ferner Stationen (Experimentallvortrag Professor Dr. Gustav Leithäuser). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik.

Die Berliner Aufwertungsschuld.

Am 15. November ließ auf Grund des Aufwertungsgegesetzes für die Anleiheverbindlichkeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden der Termin ab, an dem die von den Oberpräsidenten bestimmten Treuhänder für die Wahrnehmung der Interessen der Gläubiger der Gemeinden das Recht hatten, bei den Aufsichtsbehörden Anträge auf Erhöhung des Tilgungssatzes der Kommunalanleihen und auf Verringerung der Tilgungsdauer der Anleihen zu stellen.

Für Berlin hat der beim Oberpräsidenten bestellte Treuhänder darauf verzichtet, eine Erhöhung des Tilgungssatzes zu beantragen. Er hat sich darauf beschränkt, nur eine Herabsetzung der Tilgungsdauer von 30 auf 20 Jahre zu beantragen. Der Magistrat und die Finanz- und Steuerdeputation haben auf das Ersuchen des Oberpräsidenten um Rückübertragung zu diesem Antrag einstimmig (1) beschlossen, der Verringerung der Tilgungsdauer von 30 auf 20 Jahre nicht zuzustimmen, da die Stadt Berlin nicht in der Lage sei, die dadurch entstehende jährliche Mehrbelastung zu tragen. Dieser Beschluß erfolgte auf Grund genauer Unterlagen über die noch bestehenden Anleiheverbindlichkeiten der Stadt Berlin, die zweifellos von allgemeinem Interesse sind. Am 31. März 1923, am Tage der Einstellung des normalen Tilgungsdienstes betrug die Schuld der Stadt Berlin in Papiermark-Anleiheanleihen, umgerechnet in Goldmark, nach den Bestimmungen des Aufwertungsgegesetzes: 938828579 M. Von dieser Summe sind in den Jahren 1923, 1924 und 1925 durch Rückkauf in Deutschland und in Amerika bis zum 1. Dezember 1925 getilgt worden 175 618 815 M. Außerdem befinden sich zurzeit im eigenen Besitz der Stadt (bei der Sparkasse, Stiftungen und Fonds) 66 789 256 M., ferner im Besitz der städtischen Gesellschaften 71 463 096 M. Nicht man diese gesamten Beträge von der ursprünglichen Anleiheschuld ab, so bleibt am 1. Dezember 1925 noch ein Betrag von 625 Millionen Goldmark nominell übrig, der sich in der Hand des Publikums befindet. Dazu treten Schuldverschreibungen im Goldmarkwert von 445 214 687 M. Diese letzten Schuldverschreibungen sind im Sinne des Aufwertungsgegesetzes zweifellos ausschließlich als Altbesitz zu bewerten. Während bei den und 826 Millionen Goldmark Anleiheverbindlichkeiten nicht genau festliegt, wie hoch hierbei der Prozentsatz des Alt- und Neubestandes zu ver teilen ist. Würde man den gesamten Betrag als Altbesitz einstellen, dann ergäbe sich bei einer Tilgungsdauer von 30 Jahren eine jährliche Belastung von 7% Millionen Mark, bei einer Tilgungsdauer von 20 Jahren eine jährliche Belastung von 10 Millionen Mark. Die Verringerung der Tilgungsdauer bringt also eine jährliche Mehrbelastung von 2 1/2 Millionen Mark.

Zu diesen Verbindlichkeiten, die natürlich nur aus steuerlichen Einnahmen bestritten werden können, tritt nun noch die Verpflichtung, die Einlagen der städtischen Sparkasse aufzuwerten. Der Goldwert dieser Einlagen läßt sich zurzeit noch nicht ganz genau bestimmen. Die Berechnungen schwanken zwischen 700 und 850 Millionen Goldmark. Ebenso ungenau sind vorläufig noch die Schätzungen über die Beträge, die die Sparkasse schließlich auf Grund der zu ihren Gunsten erfolgenden Aufwertung der von ihr begebenen Hypotheken um ihrem Aufwertungsstock zuzuführen können. Im günstigsten Falle wird die Sparkasse in der Lage sein, eine Aufwertung ihrer Verbindlichkeiten in Höhe von 5 Proz. vorzunehmen. Für die fehlende Differenz auf 12 1/2 Proz. muß dann die Stadt als Garant der Sparkasse einspringen, woraus sich eine weitere erhebliche Belastung der Stadt ergibt. Ingesamt wird man auf den heutigen Wert umgerechnet, die Anleihebelastung der Stadt Berlin mit 250 bis 300 Millionen Mark einsehen können.

Diese Summen mögen auf den ersten Augenblick gegenüber dem tatsächlichen Vermögen der Stadt nicht hoch erscheinen. Sie sind aber ungeheuer hoch, wenn man die durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, durch die Reparationsbelastungen und den damit zusammenhängenden ungünstigen Finanzausgleich geschaffene dauernd schwierige Finanzlage berücksichtigt. Es ist deshalb kein Wunder, daß alle Parteivertreter einschließlich der Deutschnationalen nicht den Mut hatten, die Verantwortung für eine beschleunigte Tilgung, d. h. jährlich höhere Belastung der Stadt, zu übernehmen.

Die Notstandsaktion der Stadt Berlin.

Der Magistrat hat den Stadtoberordneten eine dringliche Vorlage zugehen lassen, durch die er um Zustimmung zu den von ihm beschlossenen Rottandsmaßnahmen ersucht. Diese Beschlüsse, die schon im „Vorwärts“ Nr. 572 vom 4. Dezember in ihrem vollen Wortlaut mitgeteilt wurden, betreffen hauptsächlich: Kanalarbeiten; die Arbeiten an der Nordbahn; Arbeiten für den Bau der HEG-Bahn; Rottandsarbeiten im Hochbau; Unterstützung der bedürftigen Erwerbslosen, die keinen Anspruch auf die gewöhnliche Erwerbslosenfürsorge haben; eine Winterbeihilfe in Kohlen für Bedürftige einschließl. Erwerbslose. Ueber die Aufbringung der erforderlichen Mittel kann die Vorlage erit bei einem Teil dieser in Aussicht genommenen Maßnahmen eine bestimmte Angabe machen. Für die Unterstützungen kommt die Verstärkung der Wohlfahrtsmittel um monatlich 2 1/2 Millionen Mark (bis Ende März also 10 Millionen Mark) in Betracht. Zu den Rottandsarbeiten im Hochbau soll ein verfügbarer Betrag von 1 1/2 Millionen Mark sofort freigegeben werden. Zur schleunigen Ausführung der Kanalarbeiten wird vom Arbeitsministerium aus dem Hundertmillionenfonds ein Darlehen von 6 Millionen Mark erwartet. Dem sofort einzuweisenden Bau der HEG-Bahn sind zunächst 2 1/2 Millionen aus der von der Straßenbahn zu leistenden Abgabe für 1925 zugebacht. Im übrigen kündigt der Magistrat zur Beschaffung der Mittel eine große Deckungsvorlage an.

Dem Kampf gegen die Tuberkulose ist ein Vortrag gewidmet, den die Sozialistische Arbeitergemeinschaft des Bezirks Steglitz am Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, in der Realschule in der Florakstraße in Steglitz veranstaltet. Referent ist Professor Dr. Werner. In der Arbeitergemeinschaft sind mit dem Bezirksgesundheitsamt sämtliche relevanten Organisationen (auch die Arbeitermobilität des Bezirks), die auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge tätig sind, zusammengeschlossen.

Belegungsansprüche Groß-Berlin. Freitag, den 26. Dezember (1. Weihnachtstierstag): nächste Vorstellung im Staatlichen Schiller-Theater. Zur Aufführung gelangt „Der Glöckchens“, Schwan von Gustav Ridel. Preis pro Karte einschließl. Kleiderabgabe und Theaterzettel 1,20 M. — Sonnabend, den 26. Dezember (2. Weihnachtstierstag). 2. Proletarische Feiertage im Großen Schauspielhaus: „Träume der Weltkammer“. Preis der Einzelparte 1,20 M. Für die letzten vier Vorstellungen können noch Abonnements zum Preise von 3,20 M. ausgeben werden. — Das fünfte Buch des „Büchertreffes“ ist erschienen. Die Zahlenscheiter werden erlucht, die in Frage kommende Anzahl anzufordern und abzugeben.

Folgeschwere Explosion auf einer Zechen. Nach einer Meldung aus Ham i. B. ereignete sich auf der Zeche W. eine schwerere Unfall. Dort explodierte der große gasförmige Behälter des Destillierapparates und brach auseinander. Das Oberteil stürzte ein und begrub drei im Raume befindliche Arbeiter unter sich. Alle drei trugen lebensgefährliche Verletzungen davon. Der angerichtete Schaden ist groß.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Nachb.: Schule Buchhalter Str. 3. Vortrag: „König Bebel“. — Schützenverein: 1. Schule Buchhalter 17. Vortrag: „Bedeutung der Rüstung“. — Arbeiter: Jugendhaus auf dem Hund bei Bernowstraße. Vortrag: „Sozialistische Erziehung“. — Johannisthal: Rathaus am Königspol. Vortrag: „Gemeinschaftsleben“.

Bildungskurse:

Bezirksrat: Jugendheim Köpenick Str. 103. Bezirksrat: Jugendheim Köpenick, Schöfferstr. 15.

Wilhelm Bode.

Eine der markantesten Persönlichkeiten des wilhelminischen Deutschlands und Berlins im besonderen erreicht heute das biblische Alter von 80 Jahren und kann wahrlich von sich sagen, daß ihr Leben köstlich gewesen ist.

Nicht gleichmäßig erquickend und befruchtend war Wilhelm Bodes ausgebreitete Tätigkeit. Seine heftige Polemik hat ihm viele Feinde gemacht, innerhalb Deutschlands und über dessen Grenzen hinaus. Aber wenn man sein Leben überschaut, verschwindet dies vor der positiven Arbeit, die er geleistet hat, und die anregend und wertvoll war wie die weniger anderer geistiger Arbeiter.

Denn Bode war nicht etwa nur ein Kunstgelehrter trotz der Fülle von Büchern und Aufsätzen, die er über mannigfache Gebiete der Kunstwissenschaft ergossen hat, er war auch nicht nur Museumsdirektor von größtem Ansehen, seit 1872 in den Dienst der Berliner Museen getreten war. Als solcher freilich kennt ihn die ganze Welt. 1880 wurde er Direktor des Alten Museums, später des Kaiser-Friedrich-Museums, 1905 Generaldirektor aller Berliner Museen, ein Amt, das er 1920 aufgab, um sich seitdem, rüstig wie einer der Jüngsten trotz seines hohen Alters, dem Dienst der Museen und seiner besonderen Schöpfung, des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins, kommissarisch, aber mit unverminderter Frische zu widmen.

Diese Tätigkeit, deren fruchtbringendes Wesen einen anderen mehr als erfüllt hätte, war ihm aber nur Grundlage und Sprungbrett für ein weit höher gestelltes Ziel. Bode hat nicht nur in seinen zahlreichen Büchern der Kunstgeschichte neue Bahnen gewiesen und insbesondere die Forschung über italienische Renaissance und über Rembrandt wesentlich bereichert — er ist in erster Linie der Organisator des Berliner Museumswesens, das vorbildlich wurde für Deutschland und für die ganze Welt. Wenn heute die Berliner Museen als ein Komplex höchsten Kulturgutes bestehen, der sich neben die viel älteren Sammlungen von Wien, München, Paris, London, Madrid ebendartig, bisweilen überragend stellt, so ist das Bodes Lebenswerk. Wenn heute die Privatsammlungen Berlins immer noch, trotz Krieg und Inflation, zu den besten und vornehmsten in der Welt zählen, so ist das Bodes Werk, der die Sammler beraten und organisiert und in den Dienst seiner Museen gestellt hat. Und wenn heute die Berliner Sammlungen die Kunstfreunde aus aller Welt anziehen und in der Reichshauptstadt selber zu einer großartigen Popularität gelangt sind, so ist das in erster Linie sein Werk, neben dem Verdienst genialer Männer vom Range des unvergänglichen Tschudi. Bode hat Mittel und Wege gefunden und die ungeheure Energie befeuert, ständig den Staat wie die privaten Kunstfreunde für seine Pläne, seine Bauten, seine Erweiterungen und Ankäufe zu interessieren und das Geld zusammenzubringen, das für so umfassende Kulturarbeiten nun einmal notwendig ist.

Und darum haben wir mit Bedacht und mit Recht betont, daß Bode eine der gewaltigsten Persönlichkeiten des wilhelminischen Deutschland war. Unter den heutigen Verhältnissen fände eine so herrschermäßige Tätigkeit nicht mehr den Boden zu voller Entfaltung. Bodes Aufstieg ging parallel dem wirtschaftlichen und politischen Aufschwung Deutschlands von 1880 bis 1910. Er war der rechte Mann, die großkapitalistische Konjunktur für die Zweite seiner Museumspolitik auszunutzen. Er war eine Art Industriekapitalist des Museumswesens, selbstherrlich, großartig im Disponieren, genial im Organisieren aller Kräfte. Und er war der Vertreter dieser ganzen „Gründerperiode“, die bis zum Krieg und Kriegsende anhielt und für die seit dem Zusammenbruch kein Raum in Deutschland mehr ist. Der Typ von Museen, wie er ihn vor allem im Kaiser-Friedrich-Museum geschaffen hat, gehört der letzten Vergangenheit an und wird schließlich jemals wiederkehren. Es war die Sammlung von Kunstwerken vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, die Kumulation von Kulturgütern aus der ganzen Welt, ohne Beziehung zum Leben des Volkes und der Gegenwart. Heute empfinden wir schon etwas Störeres und Unlebenliches in diesem Museumsaufbau. Unser Empfinden geht nicht mehr auf das Wissenschaftliche, das Kunstgeschichtliche, sondern auf die lebendige Wechselwirkung von Kunstsammlung und Volksempfinden, auf Betonung der Lebenden, der revolutionär befreienden Kunstwerke. Und es darf nicht verschwiegen werden, daß Bodes Feindschaft und Polemik sich stets und in wachsendem Maß gegen diese Tendenz zur Gegenwartskunst gewendet hat.

Pallino.

Von Luigi Pirandello.

Als er auf die Welt kam, war auch gleich der Name für ihn fertig. Man nannte ihn Pallino, das Bällchen, denn er war so rund wie ein kleiner Ball.

Von dem großen Wurf, es waren sechs Hunde, wurde ihm allein das Leben geschenkt. Er hatte das den inständigen Bitten und dem fürgerlichen Schutz der Jungen zu verdanken. Denn da der Vater Colombo seiner Haupttätigkeit, der Jagd, nicht mehr nachgehen konnte, wollte er auch seine Hunde mehr im Hause haben, und so verurteilte er die ganze kleine Gesellschaft restlos zum Tode. Sogar die Belpina, ihre Mutter, wurde getötet. Das brave Tier weckte immer wieder in Vater Colombo schmerzliche die Erinnerung an die Freuden der Jagd in jenen Tagen, wo er noch nicht an dem verdammten Rheuma und Gichtleiden litt, das ihn jetzt von morgens bis abends wie mit Zangen zwickte.

Aber die Jungen gaben sich Mühe, wenigstens einen von den neugeborenen Hunden zu retten und suchten sich den aus, der ihnen am besten gefiel. Heimlich gegen sie ihn unter Belpina hervor und verdeckten ihn. Dann bettelten sie dem Vater die Genehmigung ab, ihn leben zu lassen, und nun erst konnten sie sich Zeit nehmen, Pallino genauer zu besichtigen. Da sahen sie dann die Bescherung: ihm fehlte der Schwanz! Sie schauten sich alle vier verbugt in die Augen. Dies schien ihnen Verrat an der Sache.

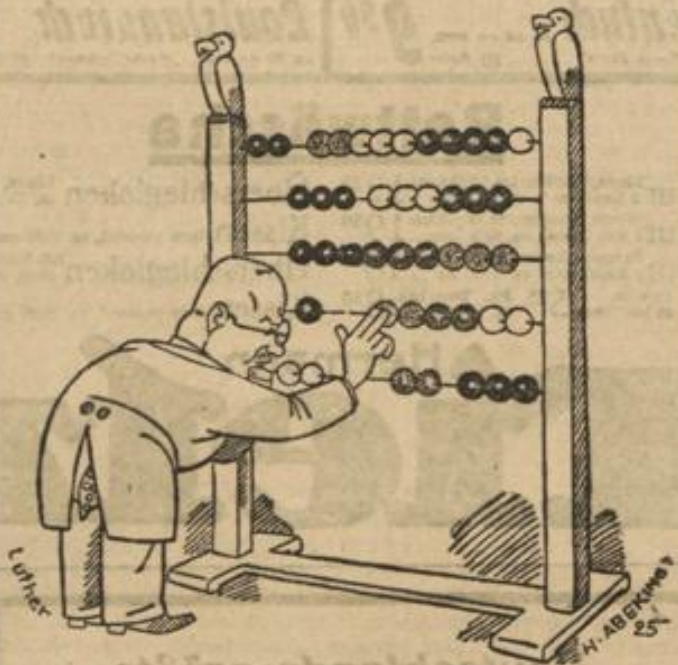
„Ohne Schwanz! Was sollen wir nun machen?“
Ihm ein Ersatzstück anleihen, das ging nicht an. Und es ließ sich nicht auch verhindern, daß der Vater den Fehler gewahrt wurde. Immerhin, er hatte nun einmal Gnade walten lassen und Pallino durfte im Hause bleiben. Die Zuneigung seiner jugendlichen Lebensretter aber hatte er sich vollkommen verschert, und daran war jener lächerliche Mangel schuld.

Pallino wurde von Tag zu Tag häßlicher. Aber was wußte der harmlose Köter davon! Er war nun einmal ohne Schwanz geboren. Es schien, daß er sich dabei recht wohl fühlte, es schien sogar, daß er seinen Mangel nicht im geringsten ahnte. So kam er in das Alter, wo er seinen Mutwillen im Spiel austoben wollte.

Wenn ein Kind einen Geburtsfehler hat, etwa Lahm oder Krüppel ist, und wenn man es denn lachen und spielen sieht, ohne daß ihm sein Unglück irgendwie bewußt ist, so fühlt man sich unwillkürlich zum Mitleid ergriffen. Bei einem häßlichen Vieh aber spürt man nichts dergleichen, und wenn es herumspitzt und einen dadurch stört, so gibt man ihm einen Tritt, so marisch, wieg mit dir!
Pallino konnte das lange nicht begreifen. Wenn man ihn ärgerlich mit einem Ellenbogenstoß oder einem Pantoffelstoß von

den Knien stieß oder ihm einen Fußtritt gab, daß er von einem Ende der Küche zum anderen rollte, dann sprang er schnell wieder auf seine Vorderpfoten, spitzte die Ohren, stellte den Kopf schief und besah sich angestrengt die Situation. Er winselte nicht und legte keinen Protest ein. Vielmehr schien ihm allmählich die Ueberzeugung zu dämmern, daß die Hunde so behandelt werden müssen, daß dies eine Bedingung sei, die mit seiner Hundezüchtung unlösbar verknüpft war, und daß es deshalb nicht angebracht sei, sich angegriffen zu fühlen. Ungefähr drei Monate hatte er nötig, um zu begreifen, daß der Herr des Hauses es nicht liebte, wenn ihm seine Pantoffeln angeknabbert wurden. Um dieselbe Zeit etwa lernte er auch, wie man den Füßrillen auszuweichen hatte. Sobald Vater Colombo den Fuß erhob, ließ er die Beine fahren und verdrock sich unter dem Küchenstrahl. Dort war er in Sicherheit. Aber nun erkannte er ein Anderes: nämlich, wie schlecht die Menschen sind. Er hörte, wie

Man rechnet Koalitionen aus.



„Ein Mann von Rechts zum Schutz der Reichen,
Zwei Linke für Locarno-Geist,
Ein Schwarzer, um das auszugleichen,
Was gegenwärtlich sich erweist,
Drei von der Deutschen Volkspartei
Und von den Demokraten zwei,
Vier Fachminister noch dabei!“
Dann prüft er, ob es richtig sei.
Und finger! wieder hin und her.
Wird das für Luther nicht zu schwer?

man ihn zärtlich antief, wie man ihn händerelbend einlud, hervorzu kommen:

„Komm doch, Pallino! Mein Liebling! Komm doch her, Kerlchen!“

Er erwartete Liebeskungen, er erwartete Verzeihung — aber kaum hatte man ihn im Nacken, da hagelte es Hiebe, daß fast das Fell herunterging.

Im, also so war die Sache? Pallino wurde nun auch allmählich hinterlistig und schlecht. Er begann zu stehlen, zerriff Sachen, wurde unreinlich, ja, schließlich kam er dazu, daß er zuschnappte und biß. Aber das hatte nur zur Folge, daß er zur Tür hinausgeworfen wurde.

Niemand nahm sich seiner an. Da wurde er ein Bettler und Landstreicher, der mühsig durch die Gegend lungerte.

(Aus dem Italienischen übersetzt von Carl Bender.)

Aus einem innerafrikanischen Inferno.

Von Prinz Wilhelm von Schweden.*

Bei Njatonjo landeten wir. Am tiefen Kratersee von Ruabikali führte der Pfad durch bläulichen Buschwald aufwärts nach der Stelle, wo der letzte Ausbruch stattgefunden hatte. Sie liegt zwischen Ruschaja und Kumaza und wird von den Eingeborenen Nzuru genannt.

Sie sieht aus wie ein kleines Stückchen des Inferno selbst. Wo vorher Ebene und dichter Urwald waren, liegt nun ein mittelhoher Berg, und von diesem hat sich eine Kilometerbreite, ganz kürzlich erhärtete Lavawelle bis an den See herangewälzt und die Ruabikali teilweise ausgefüllt. Wie eine gewaltige Beule ist die Erde damals, am 21. Dezember 1912, gepolst und hat ihren peinigenden Inhalt ausgespielen. Phantastisch geformte Lavablöcke sind bunt durcheinandergeworfen worden oder liegen auseinandergeklappt. Alles ist rotbraun oder rufschwarz, steril, leblos. Wie Schneeflocken glänzen sie und da metallische Ablagerungen in all dem Dunkel. Holzstümpfe, verkohlt und von einer Lavahülle umgeben, sind an vielen Stellen noch vorhanden, und ein paar trockene, nicht verbrannte Stämme liegen mittendrin. Wie sie dorthin gelangten, ist schwer verständlich. Eins oder das andere bleibe, aber unternehmungslustige Farnkraut hat nahe am Rande Fuß gefaßt, im übrigen ist die ganze Gegend frei von jedem Pflanzenwuchs. Die Grenze zwischen Tod und Leben ist äußerst scharf gezogen. Die Verheerung brach wie ein gewaltiges Messer über die Urwaldriesen herein, ließ aber alles, was nicht vor der Schneide lag, unberührt. Der schwarze Erdboden absorbiert die Sonnenstrahlen, weshalb die Hitze unerträglich ist. Scharfe Spalten reißen die Schwärze unbarmherzig auf, wenn man sich auf die Lava hinauswagt, und die Spalten brennen. An verschiedenen Stellen, besonders um den Gipfel, liegt die Asche noch meterhoch, und wir sanken bis zum Knie hinein, als wir, um zu flüchten, hinaus wollten.

Ran bekommt eine unbehagliche Ahnung davon, daß die Erde in grauer Vorzeit, als sie zu erhärten begann, so etwa ausgesehen

* Dem Verlag Brockhaus, Leipzig, verdanken wir die Bekanntschaft mit dem soeben erschienenen Buch „Unter Zwergen und Gorillas“ von Prinz Wilhelm von Schweden (geb. 1900). Das Buch führt in ein auch heute noch wenig bekanntes Gebiet Innerafrikas. Der ganze Zauber der afrikanischen Steppe, der großartigen Gebirgsnatur und des Urwalds, mit Zwergen und Gorillas, spricht aus dem Buch.

haben muß. Schwarz, leblos, unbewohnbar. Und man ist froh, daß man sie nicht gerade damals in Besitz nehmen mußte.

Kein Jahre sind seit dem Ausbruch bei Nzuru verfloßen. Aber noch heute erzählen die Eingeborenen von der juchzenden Nacht, als alle bösen Geister die Hölle verließen und ihre Strohmatten so schüttelten, daß die Schnitzel über die Erde stoben, und das Licht so stark war, daß die weißen Männer in Kuschura, drei Tagesmärsche von hier, in ihren Zauberbüchern lesen konnten, als ob es heller Tag gewesen wäre.

Die Heimsucht von dem irdischen Inferno wird mir immer unvergeßlich sein. Die Kanus hatten wir an die Mündung der Ruabikali beordert, wo wir sie erst bei Sonnenuntergang fanden, dann folgte eine vierstündige Bootfahrt durch die dunkle Nacht. Um die Mittagszeit hatte es tüchtig geregnet, so daß der See noch immer recht hoch ging und das Wasser über den niedrigen Rand der Kanus hereinzuschlug, als wir abfuhrten. Aber nach einer Weile hörte der Wind auf, und das Wasser beruhigte sich, um schließlich spiegelglatt zu werden. Während der See anfangs wie ein gewaltiger Silbersee lag, der das letzte Licht des Tages in sich sammelte, während die schon dunkel gewordenen Berge ringum drohend Wache hielten, sah man jetzt vom Kivu nur noch einen schwarzen, gähnenden Hohlraum, der sich in die Unendlichkeit zu erstrecken schien. Die Ufer waren verschwunden, aber die Blühdürnen, die über ihnen tanzten, zeigten den Weg und dienten uns als freundliche Blinkfeuer. Am Zenit zog der Gürtel des Orion seinen geraden Lichtstrich, und über dem Ende des Kanus hing der Jupiter groß wie ein Mond. Hier und da lachte ein Pavian von seinem Ast herab oder quakte ein Frosch hoch und dumpf. Schläfrig gluckte das Wasser um den Bug, und die Ruderer paddelten so leise, daß man kaum den gleichmäßigen Takt der Schläge hörte. Worn im Boot glühte das unvermeidliche Grasbüschel unter einer kleinen Wolke grauschwarzen Rauchs. In gleichen Zwischenräumen bekam es eine Handvoll Wasser über sich, um nicht zu schnell zu brennen.

Es war ein eigentümliches Gefühl, so über ein unbekanntes Wasser hinzugehen in Gesellschaft einiger nackter Wilder, mit denen man nicht einmal reden konnte, denen man aber doch sein Leben anvertraut hatte. Ein Schlag mit einem Ruder auf den Kopf, ein Rippen des Rahmes hätte genügt, und kein Mensch hätte später sagen können, wie es zuging, als der weiße Häuptling über Bord fiel und einstmals in der Nacht im tiefen Wasser des Kivu ertrank. Und doch denkt man bei solchen Gelegenheiten nicht im geringsten so. Vielmehr beschleicht einen ein wunderliches Sicherheitsgefühl, wenn man auf solche Weise ganz in der Natur aufgeht, sich ihrer urwüchsigen Gesundheit erfreut und die Freuden und Gefahren des primitiven Lebens im blinden und trogigen Vertrauen auf seinen Glückstern genießt. Man lernt dann die fatalistische Auffassung der Mohammedaner von Leben und Tod besser verstehen. Allah ist groß — einstmals müssen wir alle von hinnen —, was bedeutet es also, ob es heute abend oder morgen früh oder nach fünfzig Jahren geschieht? Man fühlt sich in solcher Stunde so unendlich klein, so einsam und verlassen, aber man hat nichtdestoweniger die Empfindung, in guter Gesellschaft zu sein. Ewig und unveränderlich wölbt sich der Raum über unsern Köpfen. Aber die Erde zieht uns an, sie ist für uns doch das nächstliegende. Wenn ich in der Nacht dasige und über den dunklen Kivu hinaufsehe, glaubt mein Ohr große schwere Schläge zu vernehmen. Es ist das Herz Afrikas, was da schlägt. Jetzt wie in vergangenen Jahrtausenden, unberührt von allem Streben der Seiten und den ersten Gedanken der Menschen. Das Herz der Natur, das niemals für seine Kinder aufhört zu schlagen, auch wenn diese so selten auf es hören.

Mit 3,2 Gramm Rohöl 1 Tonne Ladung über eine Seemeile (1,352 km) befördert!

In der „Urania“ lesen wir: Man feierte kürzlich allenthalben — und mit Recht — das 100jährige Jubiläum der Eisenbahn. Niemand weiß besser als der Sozialist, daß die Lokomotive nicht nur Borspann ist für D- und Güterwagen, sondern auch für das Werden der klassenlosen Gesellschaft.

Dabei wird oft übersehen, daß der wirklich erzielte Fortschritt nicht allein in den Abmessungen der neuesten Schiffs- und Lokomotiv-Getriebe und in ihren Leistungen liegt, sondern noch viel mehr in dem Aufwand an Brennstoff, womit diese Leistungen erzielt werden. Hier schlägt sogar gewissermaßen nach dem bekanntesten Worte von Karl Marx die Quantität in die Qualität um, indem die modernen Schiffe und Lokomotiven gar nicht denkbar wären, wenn sie noch den Kohlenverbrauch der Erstausführungen hätten, da die Mitführung solcher Brennstoffmengen und der entsprechenden Kesselanlagen technisch schwer ausführbar und jedenfalls vollkommen unwirtschaftlich wäre.

Eine Reformleistung der Dieselmotoren-Schiffahrt hat neuerdings das Rotor-Spezialschiff für Erztransport „Svealand“ der Deutschen Werft L.-G. Hamburg aufzuweisen. Es hat auf seiner Ausreise von Cuxhaven nach Cruz Grande (Chile) und — mit 20 000 Tonnen Erz beladen — auf der Rückreise nach Sparrows Point, U.S.A., bei durchschnittlich 6100 Pferdestärken 155 Gramm Rohöl je tatsächlich geleistete PS-Stunde verbraucht, was die in der Ueberschrift angegebene Leistung darstellt. Außerdem ist durch geeignete Lade- und Entladeeinrichtungen eine fast unglückliche Zetterparnis erzielt, so daß das in Ballast zurückfahrende Rotor-Schiff noch wirtschaftlicher arbeitet als die vorher auf dieser Linie fahrenden Dampfer, die noch unterwegs Stückgut- und Petroleumladungen beförderten.

Rechnet man noch die wesentliche Mannschaftersparnis, so begreift man, warum von Jahr zu Jahr der Prozentsatz der Rotor-Schiffe unter den Schiffeneubauten größer wird.

Die soziologische Auswirkung auf die Berufsausbildung der Matrosen ist natürlich ebenfalls einschneidend; der sogenannte Segelschiffs-Matrosen schwindet mehr und mehr. Auch er wird häufig genug den Siegeszug der Maschine verfolgen, statt die Ursache seiner üblen Lage in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erblicken.

Standen die Pfahlbauten im Wasser? Von einem ganz neuen Gesichtspunkt aus hat in jüngster Zeit Ferd. Keller in der „Urania“ die Frage behandelt, ob die Pfahlbau-Wohnstätten in der Schweiz und im südblichen Deutschland einstmals im Wasser oder auf dem Festland gestanden haben. Die letztgenannte Annahme berührt allerdings etwas ungewohnt; doch der Forscher sucht sie auf Grund sehr eingehender Untersuchungen tatsächlich zu beweisen. Zunächst führt er an, daß z. B. die Pfahlbauten der Malaien und der Papua-Regen durchweg auf dem Festland errichtet werden, der Pfahlbau an sich also keineswegs ein Leben auf dem Wasser zur Voraussetzung haben muß. Mit dieser Folgerung im Zusammenhang hat ferner die Untersuchung der klimatischen Verhältnisse, wie sie in der jüngeren Steinzeit und Bronzezeit geherrscht haben müssen, sodann die eingehende Prüfung der Lagerung der Pfahlbau-Kulturschichten gleichzeitig mit der Feststellung ihrer Zusammensetzung ergeben, daß die bisher herrschende Annahme der Wasser-Pfahlbauten durchaus nicht stichhaltig ist. Die Untersuchungen Kellers lassen vielmehr ebenfals auf die Folgerung zu, daß in der Steinzeit wie in der Bronzezeit die menschlichen Ansiedlungen, ganz gleich, ob sie aus Pfahlbauten bestanden oder aus Bauten, die auf sogenannten Bodwerken errichtet waren, auf festem Boden standen, also nicht im Wasser, sondern an den Ufern der Gewässer entweder auf nassem Gras- oder Mooswiesen oder aber auf ganz trockenem Erdreich.

Kartellunfug im Verdingungswesen.

Aus der Praxis eines Verdingungsartikels. — Betrogene Steuerzahler.

Die abgedante Reichsregierung hat den Kampf gegen die Mißstände im Verdingungswesen auf ihr Programm geschrieben und dem Reichstag einen Gesetzentwurf hinterlassen, der Maßnahmen gegen die Mißstände bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge vorseht. Die Geschädigten sind in der Regel öffentliche Körperschaften, die bei der Vergabe von Aufträgen sich einem Preisring gegenübersehen und die geforderten Preise bewilligen müssen. Selbstverständlich mühen nun die Unternehmer ihre Monopolstellung aus und bürden durch die Forderung von Ueberpreisen dem Steuerzahler besondere Lasten auf, die als Profit in die Tasche der Fabrikanten fließen.

Von vornherein muß es fraglich erscheinen, ob es der Reichsregierung auch gelingen wird, an diejenigen Preisringe heranzukommen, in denen die großen Konzerne der Industrie vertreten sind. Man wird wahrscheinlich — wie immer — die Kleinen hängen, die großen Verbrecher aber laufen lassen. Diese Preisringe der Großen arbeiten ja in der Regel in überaus geschickter Form. Neugierlich ist ihre Organisation oft eine derart lose, daß man sie rechtlich gar nicht fassen kann. Die Machtmittel, die sie aber gegen Außenleiter-Firmen und gegen etwa rebellierende Mitglieder des Verbandes anzuwenden vermögen, sind außerordentlich groß. Denn um eine lästige Konkurrenz und eine Preisunterbietung sich dauernd vom Halbe zu halten, ist den organisierten Fabrikanten für den Augenblick kein Preis zu hoch.

Der Deutsche Eisenbau-Verband.

Ein Beispiel, wie es gemacht wird, liefert die Tätigkeit des Deutschen Eisenbau-Verbandes, der äußerlich nicht einmal als Kartell auftritt, durch die Art der Zusammenarbeit seiner Mitglieder aber sich als ein typisches Verdingungsartikell kennzeichnet. Ihm gehören die namhaftesten Firmen der deutschen Eisenindustrie an, soweit sie sich mit Bauarbeiten und Baukonstruktion beschäftigen. Erfolgt nun die Ausschreibung eines öffentlichen Auftrags, so wird von vornherein innerhalb des Verbandes beschlossen, welche Firmen ein Angebot zu machen und welchen Preis sie zu fordern haben. Damit steht von vornherein auch fest, wer den Auftrag bekommt. Aber auch das billigste Angebot enthält in keinem Falle nur die Produktionskosten und einen angemessenen Gewinn, sondern Zuschläge in statistischer Höhe für die Verwaltung des Kartells sowohl wie zur Abfindung der ausgefallenen Firmen, die sonst auch für die Ausführung des Auftrags in Betracht gekommen wären. Nicht nur die ausführende Firma verdient also, sondern mit ihr alle diejenigen Unternehmungen, die durch ein zu teures Angebot von vornherein auf den Auftrag verzichtet haben. Dieses raffinierte Ausbeutungssystem wird noch gekrönt dadurch, daß die auftragvergebende Behörde oder Privatperson ihn überhaupt nicht entgehen kann. Wendet sie sich nämlich an eine einzelne Firma, so teilt diese das sofort dem Verband mit, und der bestimmt nun, genau wie im Falle der Ausschreibung, ob die Firma den Auftrag annehmen darf oder nicht.

Beispiele aus der Praxis.

Man kann die Geschichte und die Laten dieses Verbandes bis zum Beginn des Jahrhunderts verfolgen. Er trat zuerst als als Verband deutscher Eisenhochbau- und Brückenbau-Fabrikanten im Jahre 1902, als die Berliner Stadtbahnbrücken umgebaut werden mußten. Innerhalb ganz kurzer Zeit wurde nun der Preis, der beim ersten Umbau nur 200 bis 300 M. je Tonne verbrauchten Eisens betrug, zunächst auf 300 bis 400 M. gesteigert; dann aber ging er bis auf das Bier- und Fünffache in die Höhe. Die Arbeiten,

Die „Landbank“ vor dem Konkurs.

Die Landbank, ein Unternehmen des Hugenberg-Konzerns, das sich mit der Parzellierung von Gütern, d. h. mit dem Ankauf größerer Güter und mit ihrer Zerstückelung und dem Weiterverkauf der Parzellen an Siedler befaßt, steht vor dem Zusammenbruch. Die Städtetätigkeit des Unternehmens erfolgt hauptsächlich im Grenzmarktbezirk.

Die Schwierigkeiten des Unternehmens sind einmal aus der allgemeinen Wirtschaftslage, dann aber auch aus verschiedenen Kreditgeschäften des Vorstandes, die der Aufsichtsrat nicht beden zu können glaubt, entstanden. Außerdem hat die Gesellschaft erhebliche Valutaschulden nach Holland. Neben Hugenberg, der von dem 60 Millionen Papiermark betragenden Aktienkapital 35 Millionen Mark besitzt, ist der preussische Staat mit 9 Millionen Mark beteiligt. Er hat dann durch Hergabe billiger Kredite im Interesse des Siedlungswesens die Gesellschaft weiter über Wasser gehalten, und es sollte nun durch Abtretung eines

Teiles des Aktienbesitzes von Hugenberg an den Staat über die Reuland-N.-G. eine weitere Finanzierung des Unternehmens durch den preussischen Staat stattfinden. Diese Finanzierung glaubte der Staat nach langen schwierigen Verhandlungen aber nur dann übernehmen zu können, wenn ihm das gesamte nicht in seinen Händen befindliche Aktienkapital gratis abgetreten werden würde.

Wegen der schwebenden Verhandlungen war die Generalversammlung, die vorgestern, Dienstag, stattfinden sollte, schon einmal vertagt worden, auch gestern fand nach nochmaliger Vertagung die Eröffnung der Versammlung vier Stunden später, nachdem sie angelegt war, statt. Der Generalversammlung wurde die Goldmarkbilanz vorgelegt, die eine Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 100:3 vorseht. Diese Goldmark-eröffnungsbilanz wurde ebenso wie der Abschluß für 1924 zurückgezogen, da die Verwollung der Ansicht ist, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem preussischen Staat nichts anderes übrig bleibt als der Konkurs. Es ist be-

merkenswert, daß in den Statuten der Gesellschaft der folgende Passus enthalten ist: „Die Tätigkeit der Gesellschaft soll einerseits gemeinnützig und auf die Erhaltung und Stärkung staatlicher und völkischer Interessen (!) gerichtet sein, andererseits auf der Voraussetzung ausreichender Rentabilität beruhen.“ Und eine Gesellschaft mit dieser partei- und rassenpolitischen Tendenz beschwert sich darüber, daß die Preußenregierung ihr die Hilfe verweigert. Wenn hier der Staat durch Kauf der Terrains aus der Konkursmasse im Interesse der Siedler eingreifen soll, müssen derartige Tendenzen und die Personen, die sie vertreten, aus dem Gremium der Gesellschaft verschwinden; es wäre ja noch schöner, wenn die preussische Staatsregierung eine völkische Siedlungspropaganda amtlich mit Geldern der Steuerzahler unterstützen wollte. Außerdem müssen die geschäftlichen Verhältnisse des Unternehmens völlig klar sein. Eher ist ein Eingreifen des Staates nicht möglich.

Lehren der Kartellpolitik.

Diese Art der Kartellpolitik verdient die allerhöchste Zurückweisung, weil sie größtenteils auf Kosten der Steuerzahler geht. Dabei nützt sie nicht einmal der Industrie. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Monopolstellung des deutschen Eisenbaus schwere wirtschaftliche Nachteile nicht nur für den Verbraucher und Steuerzahler, sondern auch für die Unternehmungen selbst gebracht hat, die — frei von jeder Konkurrenz — nicht die notwendigen Arbeiten leisteten, um mit dem Fortschreiten der Technik Schritt zu halten. Das hat sich neuerdings bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wiederholt gezeigt. Den Schaden von dieser verblödeten Profitpolitik trägt also die ganze Volkswirtschaft und zu allererst die Arbeiterschaft, die ihre Beschäftigung verliert, wenn die Aufträge zu teuer werden oder die Industrie mit den Errungenschaften der Technik am Weltmarkt nicht mithalten und daher auf manchen Auftrag verzichten muß. Daher sollte das Parlament gerade den Auswüchsen in dem Verdingungswesen sein besonderes Augenmerk zuwenden — hier werden sich in der Tat produktive Ersparnisse erzielen lassen, während die jetzige Verschwendung den breiten Massen in Form von Steuern aufgehaßt wird oder gar auf Kosten der noleidenden Beamtenenschaft erfolgt, für die dann kein Geld vorhanden ist.

Wegen der schwebenden Verhandlungen war die Generalversammlung, die vorgestern, Dienstag, stattfinden sollte, schon einmal vertagt worden, auch gestern fand nach nochmaliger Vertagung die Eröffnung der Versammlung vier Stunden später, nachdem sie angelegt war, statt. Der Generalversammlung wurde die Goldmarkbilanz vorgelegt, die eine Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 100:3 vorseht. Diese Goldmark-eröffnungsbilanz wurde ebenso wie der Abschluß für 1924 zurückgezogen, da die Verwollung der Ansicht ist, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem preussischen Staat nichts anderes übrig bleibt als der Konkurs. Es ist be-

merkenswert, daß in den Statuten der Gesellschaft der folgende Passus enthalten ist: „Die Tätigkeit der Gesellschaft soll einerseits gemeinnützig und auf die Erhaltung und Stärkung staatlicher und völkischer Interessen (!) gerichtet sein, andererseits auf der Voraussetzung ausreichender Rentabilität beruhen.“ Und eine Gesellschaft mit dieser partei- und rassenpolitischen Tendenz beschwert sich darüber, daß die Preußenregierung ihr die Hilfe verweigert. Wenn hier der Staat durch Kauf der Terrains aus der Konkursmasse im Interesse der Siedler eingreifen soll, müssen derartige Tendenzen und die Personen, die sie vertreten, aus dem Gremium der Gesellschaft verschwinden; es wäre ja noch schöner, wenn die preussische Staatsregierung eine völkische Siedlungspropaganda amtlich mit Geldern der Steuerzahler unterstützen wollte. Außerdem müssen die geschäftlichen Verhältnisse des Unternehmens völlig klar sein. Eher ist ein Eingreifen des Staates nicht möglich.

Statistisches Reichsamt gegen Ernährungsministerium

Bekanntlich hat das Reichsernährungsministerium seinem Gesetzentwurf über die Wiederbelebung der Reichsgetreidestelle zum Zwecke der Stützung des inländischen Roggenpreises eine Begründung beigegeben, in der behauptet wird, daß der inländische Roggenpreis um 2 M. pro Doppelzentner unter dem Preise für Auslandsroggen läge. Woher das Reichsernährungsministerium zu dieser Angabe gekommen ist, war schon bisher völlig unklar. Inzwischen zeigt sich jedoch, daß diese Angabe vom Statistischen Reichsamt wohl nicht stammen kann; denn in der Außenhandelsstatistik für den Monat Oktober nimmt das Statistische Reichsamt für den aus Deutschland ausgeführten Roggen einen Preis von 16,60 M. pro Doppelzentner, für den nach Deutschland eingeführten Roggen einen Preis von 16,25 M. pro Doppelzentner an. Es muß sich also bei den Angaben des Reichsernährungsministeriums um eigentümliche Erhebungen handeln, wie sie bei diesem Ministerium auch bei anderen Gelegenheiten, z. B. hinsichtlich des deutschen Reisverbrauches wie hinsichtlich der Bedeutung des deutschen Weinbaues, bereits wiederholt vorgekommen sind. Man sollte eigentlich erwarten, daß wenigstens die Reichsbehörden selbst etwas mehr Vertrauen und etwas mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegenüber dem Statistischen Reichsamt zeigen.

Die Stahlwarenindustrie zur Frage der Handelsverträge. In ihrem Bericht für den Monat November klagt die Eisen- und Stahlwarenindustrie über die weitere Verschlechterung des Geschäftsganges, durch die die meisten Betriebe gezwungen werden, Betriebs-einschränkungen und Entlassungen vorzunehmen. Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag sagt der Bericht: „Der Exportgeschäft steht gleichfalls im Zeichen des weiteren Rückganges. Es macht sich unangenehm bemerkbar, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit den verchiedenen Ländern mit dem Ziele der Ermäßigung der hohen Zölle nur sehr schleppend weitergeführt werden und infolgedessen Erleichterungen bei der Einfuhr deutscher Waren in diese Länder noch immer nicht eingetreten sind. Insbesondere ist im vergangenen Monat viel Klage über den Gang der Dinge in den deutsch-spanischen Verhandlungen über ein Handelsabkommen geführt worden. Die Folgen der Kündigung des deutsch-spanischen Handelsabkommens sind in ihrem vollen Umfange noch nicht zu übersehen. Es steht aber fest, daß neben den Verlusten aus der Unmöglichkeit, mit spanischen Firmen Geschäfte zu machen, auch Verluste dadurch entstanden sind, daß nunmehr Industrien anderer Staaten sich in Spanien stärker festgesetzt haben.“

Die Schiffsahrtsanleihe in Amerika. Die Homburg-Amerika-Linie (Hapag) nimmt in Amerika eine Obligationenleihe von 6,5 Millionen Dollar, deren Betrag bis auf 10 Millionen Dollar erhöht werden kann, auf. Der Zinssatz der Anleihe beträgt 6% Proz. Der Ertrag der Anleihe soll zur Ergänzung des Schiffs-parks der Hapag dienen.

Vorbereitung eines neuen deutsch-griechischen Vertrags. Die griechische Regierung hat die kürzlich von ihr ausgesprochene Kündigung des durch Rotenwechsel vom 3. Juli 1924 und vom 16. Mai 1925 abgeschlossenen deutsch-griechischen Handelsabkommens zurückgenommen. Beide Regierungen sind bereit, demnächst in Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrags einzutreten. Die vorbereitenden Arbeiten sind in beiden Ländern eingeleitet worden.

Präsident Coolidge zum amerikanischen Farmerproblem. In einer Ansprache an die Jahreskonferenz der Vereinigung amerikanischer Farmervertretungen sagte Präsident Coolidge, seiner Ueberzeugung nach sei die beste Lösung des Farmerproblems in Amerika der genossenschaftliche Einkauf und Verkauf unter Beteiligung der Regierung. Das Landwirtschaftsdepartement bereite einen Gesetzentwurf vor, der diese Grundsätze vertrete. Coolidge wendete sich gegen den Vorschlag, daß die Regierung selbst den An- und Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte übernehmen solle oder von sich aus die Preise festsetzen solle.

Große Kaffee-Reklame

von heute bis einschließlich Donnerstag, den 17. Dezember

Reichelts Kaffee „Extrafein“ 1/4 Pfd. 70 jetzt **60 Pf.** Reichelts Kaffee „Exquisit“ 1/4 Pfd. 1⁰⁵ jetzt **95 Pf.**
 Reichelts Kaffee „Hochfein“ 1/4 Pfd. 85 jetzt **75 Pf.** Reichelts Kaffee „Spezial“ 1/4 Pfd. 1¹⁵ jetzt **1⁰⁵ M.**

Kaffee-Groß-Rösterei

Reichelt

146 Geschäfte

die Firma der guten Qualitäten bei billigen Preisen

